

# Der Steinarbeiter

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 6 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Abnehmer wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig  
Zeiger Straße 30 IV, Volkshaus, Ausgang B oder C  
Fernruf 27503

Schluß des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgepaltene Kleinzeile 10 Mark. Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 37

Sonnabend, den 16. September 1922

26. Jahrgang

Der vierteljährliche Bezugspreis unserer Wochenzeitschrift „Der Steinarbeiter“ wird vom 1. Okt. 1922 von 6 M. auf 18 M. erhöht. Die Begründung liegt in der Preissteigerung der Zeitungsherstellung.

## Lohnbewegungen.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperrre, Streik, Zugang fernhalten“, in jedem Fall Erkundigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zahlstelle einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten einget, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden. Laufende Notizen unter: „Gesperrt“, „Streik“, „Zugang fernhalten“, werden nur aufgenommen, wenn der Schriftleitung mindestens alle zwei Wochen kurzer Bericht gegeben wird. — Sperrnotizen finden nur Aufnahme, wenn der Grund der Sperrre geschildert wird.

### Gesperrt:

In Jena (Grabsteingeschäft von Ebert & Beher). Die Dortmunder Union (Hochofenbau) von Steinmehnen unbedingt zu meiden. In Braunschweig, Plaz Dellner & Hüser. In Malsburg, Betrieb von Moritz Ceregetti. In Grefes, Plaz Ludwig Haberstrumpf, Halle für Marmorarbeiter.

### Streik:

In Achen (Steinmehnen). In Alsteden-Bernburg. Im Basaltwerk Heiligenmühle, Deffen (Rhön). (Die Kollegen sind fast alle anderweitig untergebracht.) In Berlin (alle Branchen).

### Zugang ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperrre und Streik von Forst (Grabsteingeschäfte). Von Wulsdorf, Grefesmünde und Lege.

Reichslohntarif für die Granitschleifereien. Durch die in den letzten Augustwochen eingetretene und noch anhaltende Preissteigerung aller notwendigen Bedarfsartikel hat der Verbandsvorstand auf Veranlassung der Kollegen beim V. d. G. die Vordatierung der am 8. bzw. 9. September und der am 15. bzw. 16. September in Kraft tretenden je 25prozentigen Feuerungszulagen auf den 1. September beantragt. Weiter sind ab 15. September erneut 500 Prozent und ab 1. Oktober weitere 1000 Prozent Feuerungszulage auf die Grundlöhne gefordert. — Von der Stellungnahme des V. d. G. werden die Kollegen nach Eingang sofort unterrichtet.

### Erlebte Bewegungen:

Wesfalg-Notiz. Die bisherigen Stundenlöhne für Steinmehnen erhöhen sich ab 2. September um 24,50 M. und ab 16. September um weitere 5 Mark. Für die übrigen Berufsgruppen erhöhen sich die Stundenlöhne ab 2. September um 25 Mark und ab 16. September um weitere 5 Mark. Die bisherigen Feuerungszulagen auf den Akkordtarif erhöhen sich am 2. September um 4000 Prozent, am 16. September um weitere 300 Prozent; sie stehen dann insgesamt auf 10950 Prozent.

Demmerau. Der Streik bei der Firma Vornhofer konnte mit Erfolg erledigt werden.

Wöhne der Mitteldeutschen Hartsteinindustrie (Bezirk Oberhessen): Ab 1. bis 30. September Facharbeiter 55 M., Steinbrucharbeiter 58 M., Handwerker 58 M. Unabhängig von dieser Vereinbarung treten beide Vertragsparteien am 15. September wieder zusammen und prüfen, ob nach Lage der Sache eine Neuregelung der Löhne erforderlich ist.

Halle. Werksteingruppe: Steinmehnen-Lohn vom 1. bis 30. September 79,20 M. Marmor: Schleifer, Fräser 74 M. Pader und sonstige Hilfsarbeiter 10 Prozent und Schleiferinnen 30 Prozent weniger.

Roth-Nordheim. Der Streik in den Betrieben der Firma Reimbach u. Co. ist beendet.

## Ein kommunistischer Reichsbetriebsrätetongress?

Die „rote Fahne“, veröffentlicht am 31. August einen Aufruf zur Vorbereitung und Organisation eines Reichsbetriebsrätetongresses in spätestens vier Wochen, in dem das Vorgehen an Gewerkschaftsverbänden und Gegenorganisation geleistet wird, was wir seither von jener Seite erleben mußten. Die Arbeiter werden darin aufgerufen, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen, da die Gewerkschaftsführer nicht daran dächten, ihre eigenen Beschlüsse durchzuführen, sondern mit der Reichsregierung um Vorkaufsrecht zu verhandeln und freundschaftlich mit den Kapitalisten verkehrten. Eine angebliche Vollversammlung der Betriebsräte Groß-Berlins wende sich an die Arbeiterschaft mit der Aufforderung, Kontrollausschüsse zu bilden, die Preise zu regulieren, die Produktion zu überwachen und das ganze Wirtschaftsleben des Reiches zu kontrollieren. Die Betriebsräte sollen das Bank- und Geschäftsgeschehen durchbrechen, mit ihren Organen in den Apparat der Stadtverwaltungen und Länder eindringen, die Beschlagnahme und Verteilung der Lebensmittel, Bekleidung, Textil- und Lederwaren, Kohlen und Wohnungen überwachen, durch die Eisenbahnbetriebsräte alles, was in die Städte eingefahren wird, kontrollieren und die Zugproduktion lahmlegen sowie die Schlemmergaststätten schließen. Die Betriebsrätetollversammlung habe aber so wenig Zutrauen zur Tatkräft der Spitzenverbände, daß sie selbst einen Ausschuß von 15 Personen eingesetzt und beauftragt habe, sich mit ebensolchen Ausschüssen im Reich in Verbindung zu setzen und in spätestens vier Wochen einen Reichsbetriebsrätetongress zu organisieren, zu dem die Delegierten durch Wahlen aus den Betrieben hervorgehen sollen. Der Kongress soll auch gegen den Willen der Instanzen einberufen werden und die Gewerkschaftsführer sollen gezwungen werden, ihren Beauftragten, den Betriebsräten, Rede und Antwort zu stehen.

Die angebliche Vollversammlung der Groß-Berliner Betriebsräte war nichts weiter als eine unfunktionelle Zusammenkunft von einigen tausend Personen, deren Betriebsräteeigenschaft durchaus unbegreiflich ist. Die große Mehrzahl der Betriebe, darunter die größten und wichtigsten Betriebe Groß-Berlins, waren völlig

unberührt. Diese kommunistische Versammlung, die überdies nicht von der zuständigen Betriebsrätetollversammlung einberufen war, hatte kein Recht, namens der Betriebsräte Groß-Berlins Beschlüsse zu fassen und Einrichtungen einzusehen. Am allerwenigsten ist sie befugt, einen Reichsbetriebsrätetongress einzuberufen, wofür allein die Gewerkschaftliche Betriebsrätetollversammlung und der Vorstand des ADGB zuständig sind. Hinter der angeblichen Vollversammlung der Berliner Betriebsräte steht nichts anderes als die Zentrale der kommunistischen Partei, die die gegenwärtige Feuerungslage benutzen will, um wieder einmal ihr Räteystem zu verwirklichen. Ihre Parolen sind sämtlich darauf gerichtet, die Gewerkschaftsleitungen durch eine direkte Aktion aufgeweckter Betriebsvertreter beiseite zu schieben und eine Rätepolitik durchzuführen, die den kommunistischen Zwecken entspricht.

Zugleich haben die Kommunisten in Berlin eine Reihe von Industriegruppen-Fraktionsversammlungen veranstaltet, in denen die Aufgaben der Industriegruppen und die Stellungnahme zu einer Reichsbetriebsrätetongress erörtert wurde. Daß sich diese Vorbereitungen und Veranstaltungen nicht zuletzt gegen die Gewerkschaften selbst, ihre einheitliche Organisation und ihre Aktionen richten, darüber kann in allen Kreisen verantwortungsbewusster Gewerkschafter kein Zweifel bestehen. Alle Angriffe auf die Gewerkschaftsinstanzen vermögen darüber nicht hinwegzutäuschen, daß den Kommunisten der wenig aussichtsvolle Kampf in den Gewerkschaften um die Macht nicht mehr genügt und daß sie es vorziehen, den Kampf nunmehr auch noch von außen durch Sonderkongresse und Sonderaktionen zu führen.

Es bedarf nur der Feststellung dieser Tatsache, um der deutschen Arbeiterschaft darüber die Augen zu öffnen, was sie von der Unterstützung solcher Bestrebungen zu erwarten hätte. Die Gewerkschaften stehen in einem harten und zähen Kampf gegen die Feuerung. Sie müssen ihre gesamten Kräfte aufbieten, um die schlimmsten katastrophalen Wirkungen von der Arbeiterschaft abzuhalten. Wer ihnen in dieser Situation durch Sonderaktionen, Gegenparolen und Veranstaltungen von Sonderkongressen oder Beteiligung hieran in den Rücken fällt, der schädigt die Gewerkschaftsbewegung und hat damit zu rechnen, daß er als Schädling angesehen und behandelt wird.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat selbst, ohne das Drängen von kommunistischer Seite abzuwarten, Maßnahmen zur Binderung der Feuerung und zur wirtschaftlichen Gesundung vorgeschlagen und mit der Regierung über deren Durchführung beraten. Den Gewerkschaftsmitgliedern wird der Erfolg dieser Schritte auf dem kürzesten Wege durch Veröffentlichung in der Presse zur Kenntnis gebracht. Es bedarf dazu nicht des Umweges über kommunistische Ausschüsse und Veranstaltungen. Ueberdies ist der Bundesvorstand nur dem Gewerkschaftskongress und dem Bundesauschluß Rede und Antwort schuldig, nicht aber neuen Instanzen, die kommunistischen Parolen folgen und deren Dasein schon eine Verletzung der Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse bedeutet.

In diesen Tagen, da Schwerk auf der deutschen Bevölkerung und insbesondere auf der Arbeiterklasse lastet, muß volle Einigkeit in den Gewerkschaften über Verteidigung der ohnehin dürftigen Lebensmöglichkeiten bestehen. Wenn hier Unfrieden und Zersplitterung in unsere Reihen getragen wird, dann ist jeder Widerstand nutzlos und unser Volk der Verelendung und Verflüchtigung überliefert. Weil aber alles auf dem Spiele steht, was wir seither errungen haben, deshalb muß auch darüber volle Klarheit geschaffen werden, daß es in diesem Kampfe nur ein Hüben und Drüben geben kann.

Wenn die kommunistischen Parteibestrebungen höher stehen als der erfolgreiche Kampf unserer Gewerkschaften, der wird die Konsequenzen seiner Handlungen auf sich nehmen müssen.

(Korrespondenzblatt des ADGB.)

## Das Loch in der Rechnung.

Von den „hohen Löhnen“ der Arbeiter ist in den letzten Monaten schon so manches Lieblein gesungen worden. Wenn das Leute tun, die den Unterschied zwischen Geldwert und Kaufwert nicht abwägen verstehen, so mag das noch hingehen. Aber wenn sogar ein Minister — wie es vor einiger Zeit durch den Dr. Brauns geschah — über die „hohen“ Arbeiterlöhne räsoniert oder ein Parlamentarier vom Ruf eines Gotheim in „Berliner Tageblatt“ alle Schuld an unserer wirtschaftlichen Mißere der Arbeiterschaft in die Schuhe schiebt, dann ist das schon allerhand mehr. Die Unternehmer — ach wo! die haben keine Schuld am Zusammenbruch Deutschlands; zum Teil allerdings die Entente, wovon Frankreich noch heute mit Deutschland im Kriegszustand lebt, in der Hauptsache aber die Arbeiter, die nach hohen Löhnen schreien und noch außerdem für diese „hohen“ Löhne nichts leisten wollen.

Da macht man denn doch als einfacher Arbeiter eine Rechnung auf, um zu prüfen, ob denn an solchen kühnen Behauptungen immerhin ernst zu nehmender Männer auch etwas Wahres sei. Und man prüft und prüft und wendet die Zahlen hin und her und findet in der Rechnung ein Loch, das sich beim besten Willen mit der „Schuld der Arbeiterschaft“ nicht verkleistern läßt. Hohe Löhne! Ganz gewiß sind sie an den Löhnen der Vorkriegszeit gemessen fabelhaft hoch, ihr Kaufwert jedoch ist noch fabelhaft tiefer und man sagt nicht zu viel mit der Behauptung, daß heute die Löhne der Arbeiterschaft am Kaufwert gemessen bei weitem nicht an die Vorkriegslöhne heranreichen. Und da entsteht eben das Loch in der Rechnung. Wir schauen uns nämlich die heutigen Löhne der Arbeiter an und finden, daß sie im allgemeinen gegenüber der Vorkriegszeit um das 50- bis 60fache, bei glücklicheren Sterblichen um das 70-, ja bereinzelt 80fache gestiegen sind. Das hört sich recht nett an. Aber nun machen wir einmal die Gegenrechnung auf, greifen wir aus dem Stegreif verschiedene Gegenstände des menschlichen Lebensbedarfs heraus, und stellen wir fest, wie diese sich im heutigen Preis gegenüber dem Preis der Vorkriegszeit verhalten. Hierbei können wir natürlich nur den Preis, wie er bei Niederschrift dieser Zeilen steht, in Anwendung bringen, obwohl mit Sicherheit anzunehmen ist, daß diese Preise durch die sich überstürzenden Preissteigerungen schnell wieder veralten. Aber das schadet nichts, denn wenn auch der Lohn inzwischen auch schon wieder in bescheidenem Abstand den neuen Preisen gefolgt ist, so bleibt das Loch in der Rechnung immer wieder dasselbe. Und da finden wir, daß z. B. Butter heute das 200fache, Zucker das 300fache, Milch das 150fache, ein Ei das 120fache, Brot das 100fache, Schweinefleisch das 150fache, Margarine das 500fache, Schmalz das 200fache gegenüber der Vorkriegszeit kostet. Die Kartoffelpreise schwanken bisher je nach Verhältnis zwischen einer 120- bis 300fachen Verteuerung. Und zieht man andere Dinge in die Rechnung, so ergibt sich ein ähnlicher Preisstand: Bündelholz das 300fache, Baumaterialien das

160fache (Dr. Brauns redete ja gerade über die „hohen“ Bauarbeiterlöhne), Bretter das 200fache, Kleidung das 200fache, Brille das 200fache, Brennholz das 200fache, Papier das 400fache, Nähgarn sogar das 500fache des Vorkriegspreises.

Und da kommen wir zu dem Loch in der Rechnung. Der Arbeiter hat höchstens das 80fache des früheren Einkommens, während das, was er zum Leben notwendig gebraucht, in der hier erwähnten Weise im Preise gesteigert ist. Nun ist doch der Zahlungsmodus für geleistete Arbeit immer noch der gleiche wie vor dem Kriege, d. h. bei jeder Arbeit erhält doch immer nur ein Arbeiter oder eine Arbeiterin den Arbeitslohn, gesteigert höchstens auf das 80fache des früheren Lohnes. Wie ist also die Differenz zu erklären zwischen Arbeitslohn und Warenpreis?

Ja, da gibt es nur eine Erklärung, um das Loch in der Rechnung zuzustopfen. In dieser Differenz liegen eben die gesteigerten Gewinne des Agrarier-, Unternehmer- und Händlertums! Diese Kreise sind es vor allem, die die Preise bis in die Puppen getrieben haben, die aber immer zerbrennen, wenn die Arbeiter in ihrer „unerfälligen Begehrlichkeit“ dann als mageren Ausgleich der steigenden Feuerung nachträglich Lohnerhöhungen beanspruchen! Diese Tatsache kann gar nicht deutlich genug hervorgehoben werden!

Da mühen sich Minister und Gelehrte im Schweiße ihres Angesichts, um die Arbeiter der Sünde am Vaterlande zu zeihen, und riesengroß liegt vor uns die große Mißachtung am Niedergange Deutschlands durch den Wuchergeist, der sich der Agrarier, Industriellen und Händler bemächtigt hat, die unter der vielgepriesenen freien Wirtschaft immer maßloser die Preise in die Höhe trieben und damit neben der Entente das große Werk des deutschen Zusammenbruchs nach Kräften fördern halfen! Hier liegt es notorisch vor aller Augen: Die Profiteure sind ins Unermessliche getrieben und keine Zeit als diese der großen Not des deutschen Volkes war ungeeigneter für Konjunktur. Das Papiergeld schneite in dichten Flöden in die Truben der Besitzenden, und die Arbeiter begnügten sich heute mit einem Drittel des Einkommens der Vorkriegszeit! Das ist das Fazit dieser sogenannten „freien“ Wuchervirtschaft.

Und heute? Heute droht die so erzeugte Papierflut — Geld genannt — auch die Wucherer zu erstickten. Gewiß, die Schlawen darunter haben das Erwucherte in Goldwerte umgelegt oder sonst ins Ausland verschoben, aber ein Teil war nicht so schlau und kann nun das zusammengekaupte Papier zu Füllstoffen verwenden. Man wollte und mußte ja den Inlandspreis der Auslandsvaluta anpassen, ohne dabei zu überlegen, daß das der Anfang vom Ende sein muß...

Heute steht Deutschland am Rande des Ruins. Unser ausgefülltes Loch in der Rechnung zeigt, wo die Hauptschuldigen sitzen, die zu diesem Ruin ein gerüttelt Maß von Schuld beigetragen haben. Nun möchte man — obwohl es viel zu spät ist — mit Palliativmitteln retten, was noch zu retten ist.

Den Volkswirtschaftler aber vom Schläge der im Anfang dieser Abhandlung Genannten eins ins Stammbuch: Nicht die Arbeiter waren es, die Deutschland dem Rande des Abgrundes zuführen halfen. Das waren die „besseren“ Kreise, die Produktion und Handel beherrschten und in der Volkswirtschaft unerfälllich waren. Redet nicht davon, daß angesichts unseres niedrigen Valutastandes die Unternehmer vielfach Rohstoffe oder Halbfabrikate im Auslande teuer aufkaufen mußten und daß dieser Umstand zur Verteuerung mit beigetragen habe. Das trifft ja nur in ganz bedingter Weise zu! Wo ist denn heute noch ein Preisunterschied zwischen Inlands- und Auslandsware? Will man uns erzählen, daß etwa Kartoffeln, Gemüse, Fleisch, Eier, Milch, Bretter, Baumaterialien, Papier, Kohlen oder Brennholz aus dem Ausland bezogen werden?

Ach nein, sucht die Schuldigen am Ruin Deutschlands nicht unter der Arbeiterschaft! Wir verlernen keinesfalls die Wirkungen des Versailler Gewaltfriedens. Aber schaut auch mal ins Kapitalistenlager, prüft die Kapitalgewinne und revidiert die Truben der Agrarier nach schmutzigen Ballen Papiergeldes. Wo die wahrhaft Mitschuldigen am Niedergang Deutschlands sitzen, das beweist das nunmehr ausgefüllte Loch in unserer Rechnung!

## Teuerungskatastrophe und Steinarbeiterverband.

(Chr. Schm.) Die alljährlichen und noch dazu nur auf wenige Wochen im Jahre beschränkten Lohnbewegungsperioden der Vorkriegszeit sind uns nur noch in traumhafter Erinnerung. Zu allem Massenelend, welches der Krieg herbeigerufen hat, gefellte sich noch das vollständige Verschwinden des Hart- und Wertgeldes. Die wirtschaftlichen Folgen sind für ein Volk, dem das Geld als Tauschmittel genommen ist, unermesslich. Papier, Papier und nochmals Papier ist an die Stelle der Gold-, Silber- und Nickelmünzen getreten. Gewiß könnte es uns egal sein, ob wir unsere Waren gegen Silber- oder Papiergeld eintauschen. Vor dem Kriege hatte ja auch der Zwanzigmarschein für den Besitzer genau dieselbe Bedeutung wie das Zwanzigmarsstück in Gold. Der Zwanzigmarschein hat aber heute seine Rückendeckung verloren. Die Reichsbank ist nicht mehr wie vor dem Kriege in der Lage, das im Umlauf befindliche Papiergeld in Gold oder Silber umzutauschen. Unser Wirtschaftskörper hat dieses Fundament vollständig verloren. Wir sind mit unserem Wirtschaftsgebäude auf einem Sandhaufen geraten, in dem wir immer mehr zu versinken drohen. Es gibt Leute, denen dieses Versinken noch nicht rasch genug geht und die daher alles daransetzen, damit dieses Gebäude noch obendrein auseinanderfällt. Mit sehr wenigen Ausnahmen ergötzt sich das gesamte Ausland an diesem Spiel. Für die deutsche Arbeiterschaft bedeutet dieser Prozeß weiter nichts als ein Verelendungsdrama.

Das Geld in Form von Arbeitslohn verliert täglich, fast stündlich seine Bedeutung als Tauschmittel. Jeder Tag, ja jede Stunde stellt den Konsumenten vor neue, recht unliebsame und bittere Enttäuschungen. Gewissenlos ist das Vorgehen kapitalkräftiger Elemente, die die rapid vor sich gehende Geldentwertung noch dazu benutzen, Kauf- und Warenhäuser zu bestürmen, um dort die nicht absolut notwendigen Papiercheine in Waren umzuwandeln, für die in den meisten Fällen ein dringender Bedarf wirklich nicht vorhanden ist. Die durch die Geldentwertung ohnehin schon eingetretene Warenvertuerung wird dadurch noch künstlich verschärft.

Diesem Zustand kann das arbeitende Volk nur mit Hilfe seiner wirtschaftlichen Organisationen in Form von Lohnbewegungen zu begegnen suchen. Ich schreibe ausdrücklich „zu begegnen suchen“, weil von einem vollständigen Ausgleich trotz aller Kraftanstrengung schon lange keine Rede mehr sein kann. Die Lohnbewegungen müssen mit einer Hartigkeit geführt werden, wie sie die Gewerkschaftsbewegung bisher nicht kannte!

Es wäre aber unerkennbar, wenn wir trotz dieser Sittigkeit, die unsere ganze Praxen in Anspruch nimmt, Winkeln, Nichtsicht und Metermaß vollständig ignorieren würden. Wer so handelt, kann als Steinarbeiter niemals ein brauchbares Bild Arbeit liefern. Mit nachfolgenden Zeilen will ich versuchen, ob und inwieweit es uns als Steinarbeiterverband durch unsere Lohnbewegungen gelungen ist, die Parallelen zwischen Lebenshaltungskosten und Arbeitslohn aufrechtzuerhalten. Diese Untersuchung kann sich selbstverständlich nur auf diejenigen Gebiete und Zweige der Steinindustrie erstrecken, auf die ich durch meine Tätigkeit angewiesen bin.

Im Gegensatz zu unserem Wirtschaftsleben, dem jede Grundlage verloren ging, ist uns im Steinarbeiterverband ein bestimmter Teil unseres Fundaments in Form von Tarifverträgen aus der Vorkriegszeit erhalten geblieben. So ist z. B. der heute noch bestehende sächsische Landestarif ein sehr opferreiches und mühevoll durchgeführtes Produkt aus der Vorkriegszeit. In der Partiteinindustrie ist es der im Jahre 1919 abgeschlossene RZL für die deutschen Granit- und Schleifereien, der in seinem technischen Aufbau heute noch die Spuren vorkriegszeitlicher Ueberlieferungen trägt. Bei der Schaffung der Bezirkslohnstarife für die deutsche Granitwerksteinindustrie konnten die für diesen Industriezweig bestehenden Tarife der Vorkriegszeit nicht vollständig umgangen werden.

Die in der Nachkriegszeit eingetretene gewaltige Steigerung der Lebenshaltungskosten konnte bei all diesen Tarifen nur in Form von Teuerungszulagen auszugleichen versucht werden. Gewiß hat es in Kollegentreuen nicht an Bestrebungen gefehlt, die oben erwähnten Tarife ohne Teuerungszulage immer den jeweiligen Verhältnissen anzupassen. Diese Versuche scheiterten, mußten scheitern, weil die sich überstürzenden Verhältnisse alle diesbezüglichen Anträge sofort wieder als unzulänglich über den Haufen warfen. Es muß bei allen Lohnbewegungen auch heute noch streng unterschieden werden, ob es sich bei der Lohnbewegung lediglich um die Erhöhung der Stundenlöhne handelt, oder ob bei der Bewegung auch eine Aenderung von tariflichen Sätzen in Frage kommt, deren Bestehen oft auf schwere und langwierige Verhandlungen zurückzuführen ist. Das letztere trifft für alle unsere Tarife zu, in denen die auszuführenden Arbeiten in scharf umrissenen Affordarbeiten ihre Regelung gefunden haben.

Ueber die Affordarbeit soll in diesem Zusammenhang weiter kein Wort verloren werden. Da aber gerade in diesen Tagen die Unternehmerorganisationen mit allem Hochdruck auf eine Steigerung der Produktion durch Verkürzung der Arbeitszeit hinweisen, sei hier ausdrücklich betont, daß in der Steinindustrie überall dort, wo im Afford gearbeitet wird, heute bei achtfünftiger Arbeitszeit weit mehr geleistet wird, als dies bei der sechsfünftigen Arbeitszeit vor dem Kriege der Fall war. Da die Unternehmer diese Behauptung gewöhnlich mit lächelnder Miene als eine Erfindung bezeichnen, will ich an dieser Stelle die heutige Mehrleistung auch sofort durch ein Beispiel beweisen. Ich lege meiner Berechnung einen Lohn von 15 Mark pro Quadratmeter Fläche zugrunde und bemerke dazu, daß der von mir gewählte Lohn von 15 Mark nicht etwa zu diesem Zweck ausgewählt ist. Ob wir jetzt unserer Berechnung einen Grundlohn von 10 oder 15 oder 20 Mark zugrunde legen, ändert an unserer Aufstellung gar nichts. Wer's nicht glaubt, mag gefälligst nachrechnen und mir das Gegenteil beweisen. Wir bleiben also einmal bei 15 Mark, die der Steinmetz vor dem Kriege für die Herstellung eines Quadratmeters Fläche erhalten hat. Der Stundenlohn betrug zu jener Zeit für den betreffenden Steinmetzen 0,45 Mark. Wollte der Steinmetz im Afford jetzt nun ebenfalls den Lohn von 0,45 Mark pro Stunde verdienen, dann müßte der Steinmetz den Quadratmeter Fläche, für welchen er 15 Mark erhält, in mindestens 33 Arbeitsstunden herstellen. Durch die neuen Tarifabschlüsse wurde der erwähnte Lohn von 15 auf 17 Mark pro Quadratmeter erhöht. Zu diesen 17 Mark, die heute den Grundpreis darstellen, wird gegenwärtig eine Teuerungszulage von 31,60 Prozent gewährt. Demnach wurde der Lohn für einen Quadratmeter Fläche von 15 Mark in der Vorkriegszeit auf 55,2 Mark, also um den rund 36fachen Betrag erhöht. Der Stundenlohn des betreffenden Steinmetzen beträgt heute 34 Mark. Will jetzt der Steinmetz im Afford ebenfalls den Stundenlohn von 34 Mark verdienen (und das ist doch für den Affordarbeiter in der Regel das Minimum), dann darf der Steinmetz zur Herstellung des Quadratmeters heute nicht mehr 33 Stunden brauchen, sondern der Steinmetz muß den Quadratmeter Fläche in mindestens 16 Arbeitsstunden herstellen. Die Arbeitsleistung hat sich also gegenüber jener der Vorkriegszeit glatt verdoppelt.

Unter diesen Umständen erscheint es uns recht viel verlangt, eine noch größere Arbeitsleistung durch Verlängerung der Arbeitszeit herbeizuführen zu wollen. Daß wir hier nicht mitmachen, braucht keiner Befräftigung!

Mit Vorliebe operieren heute die Unternehmer am Verhandlungstisch mit den Lohnlisten. An der Hand dieser Lohnlisten suchen die Unternehmer nachzuweisen, daß der Affordarbeiter bedeutend mehr verdient als die von uns oben erwähnten 34 Mark pro Stunde. Die Wichtigkeit der Lohnlisten soll hier nicht bestritten werden. Vergessen darf dabei nur nicht werden, daß diese Lohnangaben der Unternehmer nicht verallgemeinert werden dürfen, und daß die von den Unternehmern ins Feld geführten Affordverbienste gewöhnlich nur in einer Reihe von Spezialbetrieben erzielt werden. Nicht vergessen darf dabei ferner werden, daß diese Mehrverbienste nicht etwa zurückzuführen sind auf eine entsprechende höhere Entlohnung, sondern diese Mehrverbienste können nur durch Geschicklichkeit und größere Anspannung der Arbeitskräfte erzielt werden. Eine Erscheinung, die durch die heutige Notlage begründet ist. Festgehalten muß werden, daß der Unternehmer auch den tüchtigsten Affordarbeiter nicht mehr als den 35- bis 40fachen Friedenslohn bezahlt. Wo mehr verdient wird, ist dieser Mehrverdienst nur auf die Geschicklichkeit und äußerste Anspannung der Arbeitskräfte zurückzuführen. Nun lohnt es sich aber auch darauf hinzuweisen, daß der 35- bis 40fache Friedenslohn für den Affordarbeiter erst durch die im August gepflogenen Lohnverhandlungen erreicht wurde.

Das ganze Glend und die vollständig unzureichenden Teuerungszulagen für unsere im Afford beschäftigten Kollegen kommt uns erst voll zum Bewußtsein, wenn wir die Entwicklung an der Hand einiger Zahlen betrachten. Das erste Augenfälligste des Reichsstatistischen Amtes sieht für die Monate Mai, Juni und Juli folgende Steigerungen der Großhandelsindexziffern vor:

	im Mai	im Juni	im Juli
Getreide und Kartoffeln um das . . . . .	58fache	60fache	93fache
Fette, Zucker, Fleisch und Fisch um das . . . . .	51 " "	66 " "	86 " "
Kolonialwaren um das . . . . .	86 " "	92 " "	130 " "
Häute und Leder um das . . . . .	70 " "	80 " "	126 " "
Textilwaren um das . . . . .	106 " "	118 " "	170 " "
Metalle und Petroleum um das . . . . .	64 " "	70 " "	108 " "
Kohlen und Eisen um das . . . . .	70 " "	74 " "	96 " "
Lebensmittel um das . . . . .	58 " "	64 " "	94 " "
Industriestoffe um das . . . . .	76 " "	81 " "	112 " "
Inlandswaren um das . . . . .	60 " "	65 " "	93 " "
Einfuhrwaren um das . . . . .	86 " "	94 " "	138 " "
Gesamtindexziffer um das . . . . .	64 " "	70 " "	100 " "

Bemerkt sei zu dieser Aufstellung, daß wir alle Bruchteile nach oben weggelassen haben. Lassen wir jetzt nun einmal die Angaben der Unternehmer, daß zum Beispiel beim RZL für die Schleifereibetriebe eine Erhöhung der Grundpreise für die Affordarbeiter um 15 Prozent eingetreten sei, gelten, dann ergibt sich, daß z. B. der Lohn dieser Arbeiter gegenüber der obigen Aufstellung in den gleichen Zeiträumen wie folgt gestiegen ist:

im Monat Mai um das . . . . .	18,5fache
im Monat Juni um das . . . . .	23,5 " "
im Monat Juli um das . . . . .	26,5 " "

Diese Zahlen reden eine so deutliche Sprache, daß mir eine nähere Erläuterung an dieser Stelle vollständig überflüssig erscheint.

Den RZL für die Schleifereibetriebe habe ich deshalb zum Vergleich herangezogen, weil sich dieser Tarif über ganz Deutschland erstreckt und weil ferner von diesem Tarif eine Reihe anderer Tarife mehr oder minder stark beeinflusst wird. Es muß einmal ganz offen ausgesprochen werden, daß gerade die Affordarbeiter, besonders aber die Steinmetzen und Schleifer bei allen bisherigen Lohnverhandlungen den Kürzeren gezogen haben. Ob die Unternehmer, die heute mit allen Fasern an der Affordarbeit hängen, daraus die nötige Lehre ziehen, muß nach den bisherigen Erfahrungen sehr stark bezweifelt werden. Auf alle Fälle müssen sich aber die Unternehmer merken, daß die Affordarbeit sich überall dort in Wohlgefallen auflöst, wo es den Affordarbeitern trotz allen Fleißes nicht möglich ist, mehr zu verdienen, als der erste beste Zeitlohnarbeiter verdient.

Einen recht harten Stand hatten wir bisher bei allen Verhandlungen, wenn es sich darum handelte, die Löhne der im Zeitlohn beschäftigten Kollegen zu erhöhen. Nicht bitter macht sich jetzt die geradezu unverantwortliche Teilnahmslosigkeit so vieler Kollegen und Zahlstellen vor dem Kriege bemerkbar. Was haben wir vor dem Kriege für Opfer gebracht und dabei keine Mühe gescheut, um in so manchen Orten den Kollegen die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation vor Augen zu führen. Sehr oft mußten unsere tätigen Kollegen unberückte Sache nach Hause gehen und nebenbei auch oft noch höhnische Bemerkungen mit dabei in Kauf nehmen. Sehr viele Kollegen waren vor dem Kriege nicht zu bewegen, sich unseren Reihen anzuschließen. Die Kollegen hiel-

ten es ganz in der Ordnung, wenn Stundenlöhne von 30 bis 35 Pfennig bezahlt wurden. Was in jenen Zeiten versäumt wurde, läßt sich heute nicht kurzerhand nachholen. Nicht auffallend ist es aber, daß gerade diejenigen Kollegen, die es vor dem Kriege nicht für notwendig hielten, sich zu organisieren und auch nur jedem Lohn zufrieden waren, heute nur die Löhne der Kollegen in den Großstädten zum Vergleich heranziehen. Heute erst sehen diese Kollegen ein, daß es doch ein Unterschied ist, ob eine Teuerungszulage von 3500 Prozent auf einen Grundlohn von 35 Pfennig oder auf einen solchen von 85 Pfennig gewährt wird. Was es aber für Opfer kostete, vor dem Kriege einen Stundenlohn von 85 Pfennig zu erringen, davon will leider ein Teil unserer Kollegen heute absolut nichts wissen.

Leider kommen nicht nur einzelne Orte, sondern ganze Industriezweige in Frage, wo vor dem Kriege die Stundenlöhne kaum über 35 Pfennig hinausgingen. Erschwerend kommt heute für diese Kollegen noch hinzu, daß sich der vor dem Kriege vorhandene Unterschied in den Lebenshaltungskosten zwischen Stadt und Land wesentlich zuungunsten der ländlichen Kollegen verschoben hat. Für die Industriearbeiter am Orte haben die Löhne heute aber auch gar nichts mehr übrig. Die Landwirte, die sich sonst nicht glücklich genug gebären können, wollen auch heute die Schleichhandelspreise der kapitalkräftigeren Bevölkerung nicht mehr missen. Stundenlange Märkte müssen unsere ländlichen Kollegen und deren Angehörigen unternehmen, um die allernotwendigsten Lebensmittel zu ergattern. Große Ausgaben für Bahnfahrten und Speisen sind notwendig, wenn es sich darum handelt, die im Dorfe nicht erhältlichen Kleidungsstücke, Wäsche, Schuhe usw. in der nächstgelegenen Stadt einzukaufen. Voraussetzung ist allerdings dabei, daß der Lohn solche Einkäufe überhaupt zuläßt.

Die oft geradezu erbärmlichen Stundenlöhne unserer ländlichen Kollegen in der Vorkriegszeit, verbunden mit der sich auch auf dem Lande immer schlechter gestaltenden Lebenshaltung sind die Ursache, daß die Friedenslöhne in den ländlichen Gebieten eine prozentual wesentlich höhere Steigerung erfahren mußten, als die Friedenslöhne in den Städten. So wurden zum Beispiel die Stundenlöhne zum sächsischen Landestarif um den 53fachen, jene des Fichtelgebirge und des Bayerischen Waldes um rund den 80fachen Betrag des Friedensstandes erhöht. Trotz dieser ungleichen Erhöhung bleiben die Löhne in den ländlichen Gebieten gegen jene in den Städten unter den heutigen Verhältnissen noch viel zu weit zurück. Ein weiterer Ausgleich ist auch hier unermesslich.

Wer jetzt nun weiß, daß sich der übergroße Prozentsatz unserer Kollegen in den ländlichen Gebieten konzentriert, kann sich wohl annähernd ein Bild von der Schwere unserer Verhandlungen machen, die heute Tag für Tag geführt werden müssen. Erschwerend wirkt bei all unseren Verhandlungen noch der Umstand, daß die Geschäftslage der gesamten Natursteinindustrie vorwiegend von dem Wohlstand des Volkes abhängt. Wie es mit dem Wohlstand des deutschen Volkes mit Ausnahme gewissenloser Schieber und Wucherer bestellt ist, dürfte hinreichend bekannt sein. Die Verarmung des deutschen Volkes bringt es mit sich, daß heute der überwiegende Prozentsatz unserer Natursteinerzeugnisse ins Ausland wandert. Die Ueberschreitung der Grenzpfähle mit unseren Erzeugnissen ist nicht nur mit Schwierigkeiten für die Ausfuhr selbst, sondern auch mit Abgaben in Form von Ausfuhrzöllen verbunden. Diese Ausfuhrzölle sind heute im Verhältnis zum Wert der Produkte erschreckend hoch. Die durch die Ausfuhr bedingten sehr hohen Frachtkosten bilden wiederum den Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen im Unternehmerlager. Bei jeder Gelegenheit wird das eine Gebiet gegen das andere auszuspielen versucht. Ein jeder Unternehmer glaubt, er kommt zu kurz, er ist gegenüber dem anderen Unternehmer benachteiligt.

Wenn auch alle diese Umstände für uns am Verhandlungstisch nicht maßgebend sein können, so werden doch alle unsere Verhandlungen von diesen Dingen mehr oder minder stark beeinflusst, sie tragen dazu bei, die ohnehin schon schweren Verhandlungen noch mehr zu belasten. In neuerer Zeit sind die Unternehmer auf die Idee verfallen, daß die Gewerkschaften ihren Einfluß dahin geltend machen sollen, weitere Preissteigerungen zu vermeiden, bzw. für einen Abbau der Lebenshaltungskosten einzutreten. Gewiß kein schlechter Gedanke. Auch wir Gewerkschafter hätten an einem Abbau der Lebensmittelpreise ein viel größeres Interesse als an einem Lohnaufbau. Bis jetzt hat ja eine jede Lohn-erhöhung die bestehende Differenz zwischen den Lebenshaltungskosten auf der einen Seite und den Einnahmen in Form von Arbeitslohn auf der anderen Seite immer mehr vergrößert. Wir hätten also alle Ursache, unseren ganzen Einfluß für eine Verbilligung der Lebenshaltungskosten geltend zu machen. Leider liegen aber hier die Verhältnisse so, daß unsere Bemühungen vorläufig noch ein frommer Wunsch bleiben. Der Friedensvertrag, die Abhängigkeit vom Auslande in bezug auf die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen, die Abhängigkeit vom Auslande

## Vom deutschen Marmor.

Von U. v. Oppen.

III.

In letzter Zeit brachten die Tageszeitungen des öfteren die Mitteilungen von einigen neu entdeckten Marmorvorkommen in Deutschland. Wir möchten daher auf zwei Marmorvorkommen kurz eingehen, die erst in der Aufschlebung begriffen sind, aber doch schon jetzt ein Urteil über ihre Bedeutung und ihren Wert zulassen.

Bei dem Orte Böttingen, unweit der Bahnstation Münzingen auf der Staßen Ab Würtemberg, wird zur Zeit ein Marmor von selten schöner Farbenpracht erschlossen. Seine Grundfarbe bildet ein herrliches Eisenbeige, das von breiten, rötlichen bis rötlichbraunen Bändern achatartig durchzogen wird. Der Böttinger Marmor nimmt Hochglanz an, ist den schönsten ausländischen Onyxarten gleichzustellen und eignet sich daher ganz besonders zur Herstellung von kunstgewerblichen Gegenständen jeder Art. Seine Entstehung verbandt dieser Marmor einer heißen Quelle, die zur Zeit der bei vulkanischen Ausbrüchen zutage getreten sein mag und zunächst, wie dies in Karlsbad noch heute geschieht, durch Austrittsaltern Sinterfall absetzt, der durch Erdbruck dann zu Marmor wurde. Bei einem jener vulkanischen Ausbrüche hat sich nun eine Spalte gebildet, deren Tiefe bisher auf 40 Meter erhöht wurde. An der Oberfläche ist diese Spaltung etwa 6-8 Meter breit; in ihrer Mitte verläuft die wertvolle Marmorader, die sich auf eine Länge von einigen hundert Metern als abbaumöglich erwiesen hat.

Auch in der Gifel bei dem Orte Kerpen im Kreise Daun ist man gegenwärtig dabei, einen farbensönen Marmor nutzbar zu machen. Er zeigt ein außerordentlich reiches Farbenspiel, das Uebergänge von Weißgrau, Grün bis Dunkelrot aufweist. In seinem Charakter ähnelt der Gifelmarmer, der geologisch den Korallenkalken zuzurechnen ist, in vieler Hinsicht den farbenprächtigen Saßnamarmoren. Auch bei Erdbach im Distrikt wurde ein Marmorfeld entdeckt, das ebenfalls wertvolle Ausbeute verspricht.

Und schließlich wurde vor kurzem im bairischen Franken, bei dem Städtchen Naila, ein Marmorvorkommen gefunden, dessen Gestein einen prachtvollen tief schwarzen — von leuchtend weißen Gebirg durchzogenen — Grundton zeigt. Farbenmannigfaltigkeit und Farbenharmonie, sowie die ihm eigene Festigkeit und Bildsamkeit haben dem deutschen Marmor einen herborragenden Platz gegeben, der auch auf Weltausstellungen, so in Brüssel, St. Louis und Chicago, im Wettbewerb mit ausländischen Marmorarten an erster Stelle anerkannt wurde.

Marmor besteht in der Hauptsache aus kohlensaurem Kalk. Im uns von dem reichlichen Vorhandensein der Kohlensäure zu überzeugen, brauchen wir nur ein Stückchen Marmor in Essigsäure zu legen; wir sehen, wie die Kohlensäure unter sofortigem heftigen Aufbrausen entweicht. Auch für die Kalkgewinnung ist es von Wichtigkeit, die an den Marmor gebundene Kohlensäure freizumachen. Dies geschieht durch starkes Erhitzen. Bei einer Temperatur von etwa 1000-1200 Grad verflüchtigt sich die Kohlensäure aus dem Marmor und läßt den sogenannten ungelöschten Kalk (CaO) zurück.

In der Nähe von Marmorbrüchen befinden sich gewöhnlich Kalköfen, die alle sonst unbenutzbaren Marmorabfälle zu Kalk brennen, der als Düngemittel, zur Bodenverbesserung, wie auch als Windemittel für die Bauindustrie gute Dienste leistet.

Wägen diese Zeilen die Aufmerksamkeit in erhöhtem Maße auf den kostbaren Marmorreichtum unserer Heimat lenken. Vielleicht sucht gar mancher selbst in schöner Gebirgsgegend gelegenen Marmorbrüche auf; er wird Freude haben an der Farbenpracht, Menge und Güte des deutschen Marmors.

## Politik und Fremdwort.

Eine „Bagatelle“ ist eine „Kleinigkeit“, eine „Lumperei“. Mit „Baße“ (sprich Bäh) bezeichnet man das Fallen des Kurzes von Wertpapieren, Aktien und dergleichen. „Banal“ nennt man eine „alltägliche“ Sache, eine abgebrauchte, nicht sehr geistvolle Redensart. Unter „Banderole“ wurde ursprünglich ein bildgeschmücktes oder mit Sinnprüden verziertes Fahnenbild verstanden. Heute bezeichnet man mit „Banderole“ den Steuerzettel, den die Pächter lagerfähiger Gebrauchsgüter tragen. Ein „Bankett“ ist ein Gastmahl. Die „Basis“ ist die Grundlage einer Sache. Einen „Bastard“ oder einen „Banker“ nannte man früher (und sagt's leider teilweise heute noch) uneheliche Kinder. Auch Kinder, deren Vater nicht der Gatte einer verheirateten Frau ist, nannte man und nennt man so. Mit den beiden Worten verbindet sich der Begriff einer gewissen Mischgattung. „Biform“ nennt man etwas, was sich in unseren Augen je nach den Umständen in zwei verschiedenen Formen, also doppelgestaltig, darbietet. „Bigamie“ heißt Doppelhehe. Die „Bigamie“ ist nach unseren Gesetzen strafbar. Als „bigenerisch“ oder „bigenerisch“ bezeichnet man doppelgeschlechtlich, also mit den Merkmalen beider Geschlechter versehene Lebewesen (Zwitter!). Das in der Wirtschaftskunde notwendige Wort „Bilanz“ ist die Benennung für eine vergleichende Uebersicht über Betriebs- und Lagerwerte und den etwaigen Gewinn eines Geschäfts. Sind die Schulden eines Geschäfts größer als dessen Guthaben, so spricht man von Unterbilanz. Eine „Bill“ (sprich Böll) ist ein Gesetz, eine Verordnung, meist der Entwurf eines Gesetzes oder die Gesetzesvorlage. „Bitheismus“ (trenne Bi-the-ismus) heißt: Zweigötterglaube. „Bitumen“ nennt man die aus der Erde gewinnbaren Harze, deren chemische Substanz aus zwei Grundstoffen, und zwar aus Kohlen- und Wasserstoff besteht. (Teeröl, Erdöl, Naphta usw.) Eine „Blasphemie“ ist eine Gotteslästerung. Ein „Bluff“ (sprich Blöff) ist eine absichtliche Täuschung. „Böheme“ ist literarisches, also schriftstellerisches oder überhaupt künstlerisches Rigeunertum. Die Böheme äußert sich meist in der Verachtung der öffentlichen Mode- und Sittenanschauungen, in einer gewissen Nachlässigkeit in bezug auf Kleidung und Umgangsformen; wobei — wenn es echte Böheme ist — ein hohes Maß geistiger Fähigkeit oder künstlerischen Könnens die angeführten Mängel beinahe oder ganz vergessen oder übersehen läßt. Ein Papiertragen, Fingerringeltraueränder und eine „Künstlerrolle“ machen allein noch keinen „Böhemen“. „Bonifikation“ ist eine Vergütung für bestimmte Leistungen. „Bonus“ ist dagegen ein vertraglich zu zahlender Anteil aus einem Geschäft. Voraussetzung zur Zahlung des „Bonus“ ist die Erfüllung bestimmter geschäftlicher günstiger Umstände.

Unter „Brachialgewalt“ versteht man die durch den „Arm“ einer Behörde ausgeübte Macht. Vielleicht darf noch erklärt werden, wer „Buridan“ war und was es mit „Buridans Esel“ auf sich hat. Also Buridan war ein französischer Philosoph des 14. Jahrhunderts, der die sogenannte „Determinationslehre“ verfocht. Unter „Determinationslehre“ versteht man die Lehre, die den Begriff eines Dinges an Hand erkennbarer Merkmale bestimmt. Zu einem Beweise für die Wichtigkeit der Behauptung, daß der Wille aller Geschöpfe durch äußere Umstände bedingt ist, führte Buridan folgendes niedliche Gleichnis an: Ein Esel, der sehr hungrig ist, wird zwischen zwei Bündel Heu geführt, von denen er gleichmäßig angezogen wird. Eben aus letzterem Grunde verhungert der Esel lieber, als daß er sich entschließt, eines der Bündel vorläufig nicht zu beachten. Daher auch die Redensart, daß schwankende Politiker sich benehmen wie „Buridans Esel“. „Byzantinismus“ nennt man (in Anlehnung an die Sitten des alten Byzantinerreiches) die kriechende, schmeichelende, speichelleckerische Art gewisser Hofschranzen. Auch in der Republik sind die „Byzantiner“ noch nicht ausgepforscht.

## Not und Freude.

Wenn eine Zeit die innigen Zusammenhänge zwischen dem Drinnen und dem Draußen beweist, dann ist es die unfrige. Man lasse sich nicht durch die äußerlichen Vergnügungen täuschen. Die Seele des Volkes darbt. Immer größer wird die Zahl derer, die sich gleichgültig in das Leben fügen, die alles kommen lassen wie es kommt. Abgeliebt wird der Mensch, und wenn dieses seelenzerreißende Leben noch eine Generation dauert, dann ist die Menschheit alt. Unsere Zeit ist die beste Verkünderin der Wahrheit von der Befreiung des Menschen durch die Befreiung des Lebens draußen.

Es ist ewig das gleiche Gesetz. Als Schiller Not litt, da düsterte auch seine Seele. Sie war gedrückt. Es fehlte ihr der produktive Schwung. Und als ihm Freund Körner half, da jauchzte sein Herz und sein millionenumschlingender Genius schaffte jubelnd das „Lied an die Freude“.

Drei muß der Mensch sein von materiellen Nöten, wenn seine Seele frei sein soll. Ohne Sorge des Alltags muß der Mensch leben, wenn das innere Menschentum in ganzer natürlicher Schönheit erblühen soll. Nur in einem neuen wirtschaftlichen Zusammenhänge kann der Mensch wirklich Mensch sein.

Und Mensch sein heißt nicht, vegetieren. Mensch sein heißt nicht, sein persönliches Ich in selbstlichem Taumel durchs Leben ziehen. Mensch sein heißt, ein Glied der Menschheit sein.

Als Schiller später wieder, wie so oft, darbt, und ihm da dänische Freunde für längere Zeit aus der Not halfen, da dachte er nicht an einen neu gedeckten Mittagstisch. Nein: „Nun kann ich ohne Sorge für die Ewigkeit schaffen“, war da sein Wort.

Aus der Ewigkeit geboren soll der Mensch schaffen für die Ewigkeit. Er trägt die Unendlichkeit in seiner Brust, um als Endlicher dem Leben Unendlichkeit zu geben. Der Mensch ist der Träger des Sinns der Welt. Aus dem Menschen soll die Menschheit werden, die neue Menschheit, das millionenumschlingende Brudertum einer reinen Weltentfreude. Und in diesem höchsten Sinne ist der Kapitalismus unser erbitterter Feind.

in bezug auf den Absatz unserer industriellen Erzeugnisse sind alles Dinge, die wir als Gewerkschafter auch dann nicht ignorieren könnten, wenn wir auch wirklich die Macht dazu hätten.

Unfähig sind die Gewerkschaften auch auf diesem Gebiete nicht. Von den Maßnahmen der Spitzenorganisationen aus Anlaß der rapid einsetzenden Geldentwertung haben wir ja aus den Nr. 35 und 36 des „Steinarbeiter“ Kenntnis genommen. Am Willen zur Mithilfe für eine Verbilligung der Lebenshaltungskosten oder deren Stabilisierung fehlt es also den Gewerkschaften nicht. Dort, wo Aussicht besteht, daß mit Anwendung gewerkschaftlicher Kampfmittel eine Besserung herbeigeführt werden kann, wird auch von diesem Mittel Gebrauch gemacht. Gegenwärtig liegen aber die Verhältnisse so, daß vorwiegend noch die einzelnen Industrie- und Berufsorganisationen als die beruflichen Vertreter in Frage kommen, wenn es sich darum handelt, einen Ausgleich zwischen Lohn- und Lebenshaltungskosten herbeizuführen.

Ob und inwieweit der Steinarbeiterverband in diesem schweren Ringen seinen Mann gestellt hat, das zu entscheiden muß der Kollegenchaft deshalb überlassen bleiben, weil der demokratische Aufbau unseres Verbandes die Kollegen von der Mitverantwortung nicht entbindet.

## Zur Teuerungfrage.

Die Valutakatastrophe, die über Deutschland (und Österreich) hereingebrochen ist, darf uns nicht zu völliger Resignation und zum Verzicht auf Gegenmaßnahmen veranlassen. Mit der Erkenntnis allein, daß die Schuld an diesem neuen Unglück eine Folgewirkung des Versailler Friedensvertrages und des Zwanges zur Reparationspolitik sei, ist uns wenig geholfen, und die Schlussfolgerung, daß Deutschland allein sich überhaupt nicht mehr helfen könne und alle Hilfe allein von außen erwartet werden müsse, kann nur als verhängnisvoll bezeichnet werden. Auch die Hoffnung auf internationale Hilfe erhebt uns nicht der Pflicht, alles zu tun, was das Uebel vor Vergrößerung und Verschlimmerung bewahrt und vielleicht geeignet erscheint, es zu lindern.

Gewiß ist unsere Wirtschaft mit unerträglichen Lasten für Reparationen beaufschlagt, unter denen sie, wenn keine Erleichterung eintritt, früher oder später zusammenbrechen muß. Gewiß ist unser Kredit im Ausland so stark erschüttert, daß man uns für unsere Papiermark nicht einmal mehr einen Pfennig gibt. Gewiß steigen die ausländischen Zahlungsmittel fortgesetzt im Preise, so daß sie kaum mehr erschwänglich sind. Aber müssen wir angesichts solcher Notlage unsere Lasten noch dadurch vermehren, daß wir dem Auslande teure und überflüssige Dinge für schweres Geld — nicht für deutsche Papiermark, sondern für Franken, Dollars und Pfunde — abkaufen? Müßen wir den Druck von Papiernoten, für die keine Deckung vorhanden ist, ins Ungemessene fortsetzen? Und müßen wir jedem gefalteten, in ausländischen Devisen zu spekulieren, und damit diese Zahlungsnote noch verschlimmern?

Der deutsche Außenhandel weist eine stark passive Zahlungsbilanz auf, die sich von Jahr zu Jahr verschlechtert. Im Juni 1921 betrug die deutsche Einfuhr 18,2 Millionen Doppelzentner, die Ausfuhr 14,0 Millionen Doppelzentner, deren Werte sich auf 6408,8 und 5432,8 Millionen Mark belaufen. Der Einfuhrüberschuß betrug 976,0 Millionen Mark. Im Juni 1922 betrug die Einfuhr 40,2 Millionen Doppelzentner, die Ausfuhr 18,8 Millionen Doppelzentner in Werten von 34381,7 bzw. 30341,9 Millionen Mark. Der Einfuhrüberschuß ist auf 4039,8 Millionen Mark gewachsen. Diese Entwicklung ist keine zufällige, sondern setzt sich von Monat zu Monat fort. Betrachtet man die Einfuhrziffern im einzelnen, so ergibt sich, daß von den 34381 Millionen Mark entfallen auf Steinrohstoffe 1108,2 Millionen Mark, Braumittel 167,2 Millionen Mark, Holz 79,5 Millionen Mark, zusammen 187,2 Millionen Mark, von denen der größte Teil durch eine Intensivierung unserer Rohstoffgewinnung zu ersparen wäre. Das ist allein schon ein halbes Drittel des Einfuhrüberschusses. Ferner ist allein schon eingeführt: Zucker für 112 Millionen Mark, Kaffee für 136,7 Millionen Mark, Kakao, Schokolade für 290,9 Millionen Mark, Wein, Bier, Spirituosen für 245,4 Millionen Mark. Das sind abermals 1793,7 Millionen Mark oder zwei Fünftel unseres Einfuhrüberschusses, von denen der größte Teil durch Verzicht auf solche teils entbehrlichen, teils in eigener Wirtschaft erzeugbaren Dinge erspart werden könnte. Bei Kaffee und Schokolade liegen die Umstände sogar noch schlimmer, als diese Zahlen erkennen lassen, denn im April 1922 wurde sogar Kaffee im Werte von 458,8 Millionen Mark eingeführt, im Durchschnitt der ersten sechs Monate dieses Jahres für 220,8 Millionen Mark. Ebenso wurde Schokolade im Monatsdurchschnitt für 430,0 Millionen Mark eingeführt! Die Tabakeinfuhr betrug im Juni 488,0 Millionen Mark, im Durchschnitt der ersten sechs Monate 432,3 Millionen Mark. An Bau- und Nutzholz und Holz zu Holzmasse wurden im Juni für 637 Millionen Mark eingeführt. An fertigen Geweben verzeichnet die Einfuhrstatistik 1677,5 Millionen Mark für Baumwollgewebe und 1025 Millionen Mark für Baumwollgewebe. Von diesen beiden Posten könnte ebenfalls ein erheblicher Teil für die deutsche Wirtschaft erspart werden, zumal der Einfuhrüberschuß aus beiden beinahe eine Milliarde Mark beträgt, die wir dem Auslande herauszahlen müssen. Auch die Einfuhr der Bierrohstoffe bedarf der näheren Nachprüfung. Für Malzgerste wurden 79,5 Millionen Mark, für Hopfen 42,3 Millionen Mark und für Malz 16,4 Millionen Mark verausgabt, insgesamt 137,2 Millionen Mark. Es ist ferner offenkundig, daß von dem für 1063,5 Millionen Mark eingeführten Mais ein nicht geringer Teil in die Brauereien und Brennereien gewandert ist. Rechnet man alle diese Posten zusammen, so kommt etwa das Doppelte unseres Einfuhrüberschusses heraus. Durch eine sparsame Wirtschaft, die nur die Hälfte dieser Aufwendungen erspart, könnte unsere Zahlungsbilanz in eine aktive verwandelt werden, was nicht ohne günstige Rückwirkung auf die Devisennachfrage und den Markstand bleiben würde.

Dazu bedarf es natürlich einer entschlossenen Einfuhrpolitik, die sich an keine mehrleitigen Rücksichten kehrt, sondern die Einfuhr entbehrlicher Dinge abbrückt. Man wende nicht mehr ein, daß Kaffee, Tabak, Tee, Schokolade nicht zu entbehren seien. Das hat für die große Masse des Volkes niemals gegolten und darf heute für das ganze Volk nicht mehr gelten, am wenigsten, wenn wir diese Sachen mit einer fortwährenden Erhöhung unserer Devisenpolitik und mit einer unheilbaren Krediterschütterung bezahlen müssen. Auch die Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit einiger Berufe muß hinter das Wohl des ganzen Volkes zurücktreten. Gehört es nicht, diese Berufe wirtschaftlicheren Beschäftigungen zuzuführen, dann muß ihnen Erwerbslosenunterstützung gezahlt werden. Aber die unsinnige Vergeudung eines halbverhungerten Volkes muß endlich aufhören.

Dazu genügt aber nicht die Einfuhrbeschränkung allein, sondern mit dieser müssen die entsprechenden wirtschaftlichen und sozialpolitischen Maßnahmen Hand in Hand gehen. Der Kohleneinfuhr muß durch eine Erhöhung der heimischen Kohlenenergiegewinnung gesteuert werden, und zwar mit allen erreichbaren Mitteln, zu denen auch, wenn es unüberwindlich ist, das Verfahren von Leberstein gehört. Die Bergarbeiter haben aus lohnpolitischen Gründen gezögert, einem neuen Lebersteinabkommen zuzustimmen. Heute werden sie sich nicht mehr weigern, nachdem sie genugsam erfahren haben, daß unter der mangelnden Kohlenförderung nicht nur die gesamte Wirtschaft, sondern auch sie selber leiden müssen. Mehr Kohle bedeutet auf allen Wirtschaftsgebieten mehr Erzeugung und weniger Einfuhr, dafür mehr Ausfuhr. Das gilt insbesondere für die Textilindustrie, die Monat für Monat Milliarden mehr ein- als ausführt und damit den Devisenmarkt unentraglich belastet.

Es genügt auch nicht, die Einfuhr von Zucker, Kaffee, Tee, Schokolade, Bier, Wein, Spirituosen, Tabak zu verbieten oder einzuschränken, sondern das ganze Leben des Volkes muß auf eine einfachere, bescheidenere Stufe gestellt werden, so daß die Gelegenheit und der Hang zur Verschwendung eingedämmt wird. Die deutsche Zuckerzeugung, die früher den Weltmarkt versorgt hat, würde ausreichen, wenn sie systematisch durchgeführt und die

Verwendung von Zucker für Liköreien und Liköre verboten würde. Die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft ist hier unüberwindlich. Ebenso ist die Verwendung des mit großen Zuschüssen des Reichs für Futterzwecke eingeführten Mais zu Bier und Branntwein zu verbieten und nachdrücklich zu verfolgen. Die Bierzeugung kann sehr wohl wieder auf den Kriegsfuß gestellt werden, nach welchem Menge und Gehalt des Bieres beschränkt wurden. Vor allem ist natürlich die Einfuhr ausländischer Biere zu sperren. Gegen den unsinnigen Spirituosenkonsum in Bars, Likörstuben usw. muß mit aller Schärfe durch Verminderung der Schankkonzessionen eingegriffen werden, wofür die Gemeinden zuständig sind. Es ist eines der trübsten Kapitel unserer republikanischen Zeit, daß die Selbstverwaltung auf dem Gebiete des Kampfes gegen Wöllerei und Vergeudung so völlig versagt. In den Krempfen des arbeitenden und täglich mehr berelendenden Volkes erregt gerade dieses ausschweifende Treiben der Besitzenden, Valutaberuener und Ausländer, in das unsere Jugend mehr und mehr hineingezogen wird, die meiste Erbitterung. Eine starke Einschränkung der Schnapsbrennerei ist ebenfalls dringend zu empfehlen. Daneben müßte auch die Selbsthilfe des Volkes aufgerufen werden gegen die Schnapspest, diese schlimmste Seuche an unserem kranken Volkskörper. Eine Wiederholung des feinerzeit von der Sozialdemokratie propagierten Schnapsboykotts wäre sicher zeitgemäß und zeigte dem Ausland, daß im deutschen Volk noch genug sittliche Kräfte vorhanden sind, die sich gegen den Untergang wehren und bestrebt sind, das Ansehen unseres Landes zu heben. Eine Einschränkung der Branntweinerzeugung, die auf mehrere Jahre bis zum völligen Verbot erweitert werden könnte, würde auch für unsere Kartoffelernte eine gewisse Schonung bedeuten und die Verjorgung der Bevölkerung mit diesem unentbehrlichsten Nahrungsmittel erleichtern. Es versteht sich am Rande, daß die Branntweinerzeugung aus Getreide erst recht zu verbieten ist.

Auch der Speisegeld des deutschen Volkes vertritt eine Vereinfachung. Damit ist nicht gemeint das Eintopfgericht des Arbeiters, das kaum einfacher sein kann, sondern die Speisenausmaß in den öffentlichen Restaurants und die Veranstaltung von Festeisereien, wie sie in Kreisen der Valutare und Ausländer üblich geworden sind. Eine Rückkehr zu dem einfachen Speisegeld der Kriegszeit ist unserer Wirtschaftslage weit angemessener. Wenn darunter der Fremdenverkehr leidet, so ist das zu ertragen, zumal der Ausverkauf an das Ausland das deutsche Volk nicht reicher, sondern nur ärmer macht. Ein Gebot gegen die Wöllerei müßte sich auch gegen private Veranstaltungen dieser Art richten, um vor Umgehungen abzuschrecken. Eine entsprechende Propaganda in Schule, Presse und in allen Volksvertretungen ist natürlich notwendig, um eine solche Umstellung der Bevölkerung zu bewirken.

Eine Beschränkung der Holz- und Holzstoffzufuhr macht eine gewisse Gemeinbewirtschaftung der heimischen Holzbestände erforderlich, die schon längst hätte eingeführt werden müssen. Es genügt nicht, daß heute schon zwei Fünftel der Wälder in öffentlicher Hand sind, sondern diese Wälder müssen endlich einmal von ihren fiskalischen, preistreibenden Methoden abgehen und wirkliche Gemeinwirtschaft durchführen. Deshalb wäre zu fordern, daß alle Holzbestände einem Gemeinwirtschaftsverband unterstellt werden, in dem auch die Arbeitnehmer und Verbraucher vertreten sind. Ferner ist es unaufschiebbar, daß einmal zur Gemeinbewirtschaftung der Holzabfälle und deren Verarbeitung auf Holzstoff übergegangen wird. Mit den Holzabfällen allein ließe sich die fremde Holzstoffzufuhr erübrigen. Ein Ersatz für das ausfallende Heizmaterial ist in der Schöpfung der Kohlenförderung zu suchen. Auch die Bewirtschaftung der heimischen Textilabfälle und des Altmaterials muß wieder auf die Höhe der Kriegszeit gebracht werden, um den Ausfall an fremder Baumwollzufuhr, der unüberwindlich ist, zu decken.

Alles in allem ist eine zielbewußte heimische Produktionspolitik anzustreben, die uns vom Ausland etwas freier macht und die inländischen Stoffe und Wirtschaftskräfte systematischer aufschließt. Dazu gehört ein eiserner Wille, der das Wirtschaftsleben in gemeinwirtschaftliche Bahnen zwingt. Von den kapitalistischen Kreisen können wir diese Initiative nicht verlangen, denn diese finden ihr Auskommen auch noch bei der heutigen Ausverkaufswirtschaft, die ihre Kapitalflucht begünstigt. Ihre Devise ist: Nach uns die Sintflut. Um so mehr muß die Arbeiterschenschaft den entschlossenen Willen aufbringen, die Reichspolitik in die erforderliche Richtung zu drängen. Es ist deshalb auch nicht richtig, daß die Arbeiter und die Gewerkschaften nichts tun könnten, um das Volk aus seiner katastrophalen Lage zu befreien. Wenn man die Schuld nicht bloß bei anderen und in äußeren Verhältnissen sieht, sondern auch im eigenen Hause nachleuchtet, so läßt sich vieles bessern, wenn man nur den ehrlichen Willen dazu aufbringt. Und der ist heute bitter notwendig, mehr als jemals in der deutschen Geschichte! (Schluß folgt.)

## Aus den Zahlstellen.

Leipzig. Nachdem die Steinbildhauer Deutschlands, wie mir Kollege Winter, Berlin, versicherte, sämtlich den Uebertritt in den Steinarbeiterverband vollzogen haben, wünsche ich, daß dieselben ihre Solidarität und Treue in dem neuen Verband genau wie im Holzarbeiterverband betätigen mögen. Schon beim Uebertritt in den Holzarbeiterverband machten sich Stimmen in Steinbildhauerkreisen bemerkbar, ja sogar in den Steinarbeiterverband überzutreten, was aber aus verschiedenen Gründen damals nicht ging, schon wegen des geschlossenen Uebertritts, auch wegen der Kassenverhältnisse nicht. Infolge der sich überwälzenden Teuerungsvhältnisse war es den Steinbildhauern nicht möglich, ihre ohnehin traurige Lage, die hauptsächlich durch das Verschlagen der Rautätigkeit entstand, zu verbessern und mit den Holzbildhauern, deren Lage infolge der ständig zunehmenden Konjunktur sich verbesserte, Schritt halten zu können. Die Holzbildhauer gewannen durch die Verbindung mit dem Holzarbeiterverband, während die Steinbildhauer etwas an die Wand gedrückt wurden und deshalb auch Sehnsucht nach kräftigerer Unterstützung ihrer Lohnverhältnisse bekamen, was ihnen auch durch die Verbindung mit dem Steinarbeiterverband gelang. Wir können nicht tätig genug sein, unsere Kräfte dem Verbands zur Verfügung zu stellen. Ein glänzendes Beispiel können die Steinbildhauer in Leipzig durch den Uebertritt am 1. Juli 1922 in den Steinarbeiterverband konstatieren. Während vorher infolge der Knappheit und Laubheit und der Eingebildetheit der Innungsleiter die Steinbildhauerkollegen nur vegetierten und dem Aussterben nahe waren, kam sofort ein kräftiger Zug in unsere Reihen, indem wir die Unterstützung des großen Bruders fanden. Es mag sein, daß die sich überwälzenden Teuerungsvhältnisse die Kollegen auch zum Aufstehen nötigten, aber infolge unseres Verschusses, daß unsere Löhne automatisch mit denen der Steinmehrer stiegen, kamen wir schneller über unsere trostlose Lage hinweg. Auch stieg die Konjunktur durch Inanspruchnahme mehrerer größerer Bauten, so daß die meist auswärtig arbeitenden Kollegen nunmehr hier in Leipzig Arbeit fanden und die paar Kollegen — es waren noch vier Kollegen — am Orte unterstützen konnten. Da die Arbeit meist auf den Steinmehrkästen gemacht wurde, bekamen wir mehr Fühlung mit den Steinmehrer und Steinmehrermeistern, und wir konnten den Beschluß, unsern Wochenlohn 10 Prozent über den Wochenlohn der Steinmehrer, durchsetzen. Wir hatten ohnehin in Leipzig den Wochenlohn mit großer Mühe durchgesetzt, und so beharrten wir auch darauf, 10 Prozent auf den gesamten Wochenlohn der Steinmehrer, nicht, wie in anderen Städten, auf den Stundenlohn zu verlangen, was uns auch geglückt ist. Wenn beispielsweise die 44½ Stunden wöchentlich 2025,75 Mark netto haben, bekommen wir auf 2025,75 Mark 10 Prozent Zuschlag, was jetzt bis 1. September 2227,50 Mark austrägt, allerdings noch zu wenig bei der schrecklichen Lebensmittelerhöhung. Doch ist schon eine neue Forderung auf 50 Prozent Erhöhung der Stundenlöhne der Steinmehrer eingereicht, und wir hoffen, daß dieselbe genehmigt wird, sonst ist der Kampf unausbleiblich, da wir schon in den bescheidensten Grenzen geblieben sind. Inzwischen ist der Stundenlohn der Steinmehrer seit 1. September auf 78,40 Mark pro Stunde festgesetzt, was bei 44½ Stun-

den wöchentlich gegen 3500 Mark ausmacht. Wir Steinbildhauer bekommen nun 10 Prozent auf 3500 Mark, so daß wir ca. 3830 M. Wochenlohn haben, gewiß ein günstiger Erfolg, der überall in Deutschland Nachahmung finden möchte. Also wir haben alle Ursache, treu und solidarisch dem Steinarbeiterverband zur Seite zu stehen und ihn zu unterstützen; die Steinbildhauer können doch nur dadurch gewinnen. Es gilt unser und der Familienangehörigen Leben fristen zu können. Deshalb stimme ich in den Ruf des Kollegen Winter ein und hoffe, daß die Kollegen Deutschlands uns jederzeit mit Rat und Tat unterstützen. Unser Bestreben geht zunächst dahin, in den größeren Städten Sachsen, wie überhaupt in ganz Deutschland den Lohn einheitlich durchzuführen mit Unterstützung aller Kollegen. Nur durch Entschlossenheit und Solidarität können wir im Kampfe ums Dasein vorwärts kommen. Lernen wir von unseren Gegnern!

Paul Sanderhausen.

Wöbau. Versammlung am 25. August 1922. Tagesordnung: 1. Bericht über die Teuerungszulagenbehandlung. 2. Verschiedenes. Infolge Abwesenheit des Kollegen Schwarz eröffnete Kollege Mehrfort die Versammlung und erstattete den Bericht über die Verhandlung in Dresden. Er hebt die außerordentliche Schwierigkeit derselben hervor, beleuchtet das soziale Empfinden, welches die Unternehmer an den Tag legten, und gibt das Erreichte bekannt, laut dem die Teuerungszulage um wöchentlich 250 Prozent steigt, so daß ab 14. September 3650 Prozent zur Auszahlung gelangen sollen. Er geht nun näher auf die Verhandlung ein und berichtet über die Klassifizierung verschiedener Materialien (Schönbacher 18 Mark, Striegauer 15 Mark, keine Einigung, Entscheidung des Tarifamtes) sowie über die Festsetzung der Mindestlöhne der verschiedenen Gruppen; und zwar wurden festgesetzt für Steinmehrer 1,15 Mark, für Schleifer 1,08 Mark, Hilfsarbeiter 0,96 Mark bzw. 1 Mark Grundlohn ab 1. September. Er erwähnt, daß die Unternehmer ihre Zugeständnisse nur unter der Bedingung machten, daß sämtliche schwebenden Verfahren (Oberlandesgerichtssache, Landgericht usw.) zurückgezogen würden und beide Verbände je die Hälfte der Kosten übernehmen; des weiteren, daß die Arbeit bei den in Wöbau bestreikten Firmen sofort wieder aufgenommen wird. Nachdem er noch die Meinung der Zentrale bekannt gab, die uns Aufnahme der Arbeit empfahl, äußert er sich persönlich ebenfalls für Aufnahme, da trotz energischer Vorarbeiten unserer Delegierten ein weiteres nicht zu erreichen war. Kollegen Hoffelt und Diehle ergänzen noch den Bericht. Diese Ausführungen wurden nun debattiert. Bezüglich der Teuerungszulagen war folgende Ansicht am meisten vertreten: Die sprunghaft ins Ungemessene steigende Teuerung macht eine andere Basis der Lohnregelung zur unbedingten Notwendigkeit. Entweder die Unternehmer entlohnen uns in Goldmark, oder wir kommen zur gleichzeitigen Lohnstufala nach der Reichsindexziffer. Das hier Gebotene sei durch die Teuerung schon längst überholt, und gar auf vier Wochen festlegen, damit müsse entschieden gebrochen werden, da ja täglich die Preise immer höher steigen. Gleichwohl wurde das Gebotene angenommen und die Anrechnung gegeben, die Zentrale möge ihren ganzen Einfluß beim ADGB ausüben, um die künftige Lohnregelung auf einer der oben angeführten Grundlagen zu bewerkstelligen. Mit der Stundenlohnregelung erklärt man sich auch einverstanden; die Zurückziehung der anhängigen Prozesse wurde bedauert. Kollege Mehrfort erwähnt bei der Zeitlohnbedatte, daß Firmen, die bisher schon höhere Sätze bezahlten, dies auch weiterhin zu tun hätten. Nach Kenntnisnahme dieses wurde die Gruppierung der Materialien besprochen. Nachdem unter Verschiedenem die Regelung der Arbeitsaufnahme erfolgt war, verschiedene Vorformnisse beim Streik besprochen waren (Firma Rumpf zog Lehrlinge zu Hilfsarbeiterdiensten heran) und Kollege Mehrfort auf den Vortrag des Landesgewerbezweiges in einer Steinarbeiterversammlung hingewiesen hatte und zu zahlreichem Besuch ermahnte und im Namen der Streikleitung und Verwaltung für die Geschlossenheit und gute Haltung während des Streikes dankte, erreichte die Versammlung ihr Ende.

## Wirtschaftliche und soziale Wochenschau.

(8. September.)

(W. B. B.) Wir leben in einer merkwürdigen Zeit! Bisher haben uns die Wirtschaftsastronomen zu überzeugen versucht, daß die Inflation, d. h. die fortgesetzte Steigerung des Papiergeldumlaufs die Hauptursache des fortschreitenden Verfalls unserer Währung sei, und daß die Kaufkraft der Mark in dem Tempo sinken müsse, wie Deutschland mit Reichsbanknoten und Darlehenskassenscheinen überflutet wird. Seit einigen Tagen scheinen aber auch hier Ursachen und Wirkung die Rollen vertauscht zu haben. In ganz Deutschland herrscht beängstigender Mangel an Zahlungsmitteln. An den Lohnterminen konnten in verschiedenen Landesteilen die Arbeitnehmer ihre Löhne nicht in vollem Umfang ausgezahlt erhalten, da die Banken und vor allem die Filialen der Reichsbank nicht in der Lage waren, der Industrie und dem Handel die erforderliche Menge Papiergeld zur Verfügung zu stellen. Die Reichsdruckerei arbeitet mit Anspannung aller Kräfte und produziert täglich für 2½ Milliarden Mark Papiergeld; sie hofft ihre Produktion demnächst sogar auf 4 Milliarden täglich steigern zu können. Allein in der letzten Augustwoche wurden für rund 23 Milliarden Mark neue Noten in Umlauf gesetzt, so daß die Flut des Papiergeldes (Reichsbanknoten und Darlehnskassenscheine) auf rund 251 Milliarden Mark stieg. Und trotz alledem noch Geldknappheit? Die Erklärung für diese merkwürdige Erscheinung liegt in der starken Abhängigkeit unserer Währung und ihrer Kaufkraft von den politischen Ereignissen. Als im August der Dollarkurs an den deutschen Börsen die Grenze von 2000 Mark überschritt, setzte eine sprunghafte Steigerung aller Warenpreise ein, die auch noch andauerte, als infolge einer günstigeren Gestaltung unserer außenpolitischen Lage der Dollar bereits wieder bis auf 1200 zurückgeworfen war. Die Preise der wichtigsten Lebensbedürfnisse haben sich im Laufe weniger Wochen verdoppelt und verdreifacht. Das bedeutet naturgemäß eine entsprechende Steigerung des Zahlungsmittelbedarfs in Handel und Wandel. War bis dahin die Inflation die Schrittmacherin der Geldentwertung gewesen, so ist jetzt umgekehrt die sinkende Kaufkraft des Geldes der Grund für eine Steigerung der Produktion der Notenpresse. Wir sind in einen tollen Wirbel hineingeraten und treiben in finanzieller Beziehung ganz offensichtlich österreichischen Zuständen zu, wenn nicht in letzter Stunde ein Wunder geschieht, das die Entwicklung wieder in normale Bahnen lenkt. Ein solches Wunder liegt durchaus im Bereiche der Möglichkeit, und es erscheint deshalb geboten, auch gegenüber dem Hergeiz der Geldentwertung und Inflation ruhig Blut zu bewahren. Die Verhandlungen, die in der vergangenen Woche mit den Belgiern wegen der von Deutschland zu leistenden Garantie für die an Stelle der Reparationszahlungen begebenen Schatzwechsel geführt wurden, trugen einen durchaus sachlichen Charakter, der sich hoffentlich auch auf die demnächst in Brüssel stattfindende große Finanzkonferenz übertragen wird. Nach allem, was wir in letzter Zeit an Verheerung und böswilliger Quertreiberei auf dem Gebiete der Außenpolitik erlebt haben, wäre ein günstiges Ergebnis der bevorstehenden internationalen Beratungen über die Reparationsfrage gewiß ein Wunder. Es besteht aber doch begründete Hoffnung, daß eine solche Wendung zu unseren Gunsten nach Ablauf dieses Jahres eintritt. Deshalb sollen wir nicht die wirtschaftliche Not wie ein unabwendbares Geschick unartig über uns hereinbrechen lassen, sondern in gesundem Vertrauen auf eine bessere Zukunft alle Kräfte aufbieten, um das vorhandene Geld zu mildern und auch die wirtschaftlich Schwachen vor Vernichtung zu schützen. Wer im wirtschaftlichen Kampfe das Vertrauen in die eigene Kraft verliert, der ist rettungslos verloren. Wir müssen jedenfalls durch eine Wirtschafts- und Arbeitsmarktkräfte hindurch, wie sie Deutschland kaum zuvor erlebt hat. Viele Existenzen werden der Vernichtung anheimfallen. Die wirtschaftlich Schwachen und vor allem die Arbeitnehmer werden aber die gefährliche Krise

übersehen können, wenn sie sich in ihrer Eigenschaft als Produzenten wie als Konsumenten eng zusammenschließen, um ihre Interessen nach allen Richtungen zu wahren.

Stinnes und die Franzosen. Von Hugo Stinnes gilt das Dichtwort: „Von der Parteien Haß und Günst verwirrt, schwanke sein Charakterbild in der Geschichte.“ Er hat sich bei seinen Versuchen, sich in politische Dinge einzumischen, sehr häufig keine glückliche Hand gehabt, und selbst auf seinem eigentlichen Tätigkeitsgebiete als großindustrieller Organisator lassen sich Fehlschritte in reichlicher Anzahl nachweisen. Die von ihm zusammengeschlossenen Konzerne bilden objektiv betrachtet durchaus keine geschlossene wirtschaftliche Einheit und leiden zum Teil schon daran, daß nach gewissen Richtungen eine Ueberorganisation vorliegt. Stinnes hat seine politischen und wirtschaftspolitischen Anschauungen schon mancher Revision unterziehen müssen, und er wird selbst am besten wissen, daß seinen Transaktionen nicht immer der erwartete Erfolg beschieden war. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß wir es in seiner Person mit einem Großindustriellen von ungewöhnlicher Tatkraft, die sich zuweilen bis zur Grenze rückwärtsloser Brutalität steigert, zu tun haben. Im In- und Auslande war man nicht wenig überrascht, als gerade er, der die Politik Wirths und Rathenaus und vor allem das Wiesbadener Abkommen so scharf bekämpft hatte, plötzlich mit dem Präsidenten der französischen Wiederaufbauorganisationen einen Sachlieferungsvertrag schloß, der in seinen Grundzügen auf das Wiesbadener Abkommen zurückgriff. Stinnes ist in erster Linie Geschäftsmann und hat als solcher natürlich hauptsächlich das Ziel im Auge, den ihm nahestehenden industriellen Unternehmungen auf lange Zeit hinaus lohnende Beschäftigung zu sichern. Darüber hinaus ist es ihm unstrittig gelungen, auch die französische Öffentlichkeit für seine Pläne zu gewinnen. Diesen Erfolg verdankt er jedoch nicht zuletzt der Tatsache, daß seit der letzten Londoner Konferenz sich in Frankreich in bezug auf die Reparationsfrage ein bemerkenswerter Stimmungsumschwung vollzogen hat. Stinnes erntet da, wo sein Antipode Rathenau gesät hat. Um diese eigenartige Wendung zu verstehen, muß man berücksichtigen, daß die Pläne eines Hugo Stinnes sich mit denen der französischen Schwerindustriellen fast in gleicher Richtung bewegen. Die französische Eisenindustrie strebt nach geräumter Zeit danach, ihre Vormachtstellung auf dem Kontinent durch engere Anlehnung an die westdeutschen Kohlenreviere zu befestigen und zu verstärken. Da die Befestigung des Ruhrreviers wiederholt an Widerstände Englands scheiterte, ergreifen die französischen Schwerindustriellen mit Freuden die von Hugo Stinnes zu gemeinsamer Arbeit gebotene Hand. Der Vertrag mit Lubersac ist höchstwahrscheinlich nur das erste Glied einer längeren Kette von Interessengemeinschaften zwischen deutschen und französischen Schwerindustriellen. Schon die nächsten Tage dürften in dieser Hinsicht weitere interessante Ueberwachungen bringen. Es schweben bereits in Berlin, Paris und London Verhandlungen über wirtschaftliche Projekte von allergrößter Bedeutung. Diese laufen letzten Endes darauf hinaus, Frankreich und Deutschland für gewisse Wiederaufbauarbeiten in den ehemals kriegsüberwundenen Staaten, einschließlich Rußland, wirtschaftlich zusammenzuschließen.

Zusammenfassend ist auch die Ausbeutung der russischen Bodenschätze in großem Maßstabe in Aussicht genommen. Man hofft das englische und amerikanische Kapital für diese riesigen Projekte gewinnen zu können. Diese Verhandlungen stehen bereits in engem Zusammenhange mit dem gesamten Reparationsproblem. Es bleibt abzuwarten, wie England und vor allem auch Rußland sich zu diesen Plänen stellen werden. Interessant ist jedenfalls die Tatsache, daß die bisher unerbittlichen Repräsentanten des westeuropäischen Großkapitalismus sich freundschaftlich zusammenschließen, um den halbasiatischen Bolschewismus ihre Dienste anzubieten und dabei ein gutes Stück Geld zu verdienen. Vom Golde aber heißt es heute wie vor 2000 Jahren: Non olet (es riecht nicht!).

### Rundschau.

Christliches. „Der Steinarbeiter beim Schwindeln ertappt.“ Unter dieser echt christlichen marktschreierischen Ueberschrift jagt die christliche „Steinarbeiter-Zeitung“ sich an uns zu reiben. Es handelt sich um einen Artikel in Nr. 34 unseres Blattes, in dem das eigenartige Uebereinstimmen einiger christlicher Führer mit Deutschnationalen und Selben vom Deutschen Mandarbeiterverband der Öffentlichkeit kundgegeben wurde. Diese Notiz scheint den Christlichen auf die Nerven gefallen zu sein; denn sie schimpfen nach der ihnen eigenen und angeborenen Manier. Die christliche „Steinarbeiter-Zeitung“ dichtet uns sogar an, wir hätten aus dem Vorgang für unsere Sache Kapital zu schlagen versucht. Jedenfalls hat die christliche Schriftleitung oder ihr Schimpfponkel unsere Notiz nicht richtig gelesen. Wir können auch weiter nicht verantwortlich gemacht werden, wenn das Wort „christlich“ von uns gebraucht, gleich solche blinde Aufregung verursacht? — Nachdem die christliche Zeitung nun unsere Notiz als Fälschung bezeichnet und nach alter Anstandsmanier die Diffamierung entkräftet herbeiführt, heißt es: „Christliche Arbeiter, Ihr seid gewarnt! Laßt Euch nicht hineinziehen in den stinkigen sozialistischen Lügenjumpf! Wo derartig die Wahrheit mißbraucht wird, kann nie Euer Platz sein! Da der „Steinarbeiter“ dieselbe Lügengeschichte verbreitet hat, so gilt vorstehende Schlussfolgerung auch für ihn. Mögen auch die Steinarbeiter aus solchen Vorgängen ersehen, wie sie angezündelt werden.“ Wir fragen nun in aller Bescheidenheit: Wer ist es nun eigentlich, der aus der Sache Kapital für sich zu schlagen versucht? Die Antwort wird unseren Lesern gewiß nicht schwer fallen, und wenn weiter gefragt wird, mit welchem Lager der „Lügenjumpf“ wohl am innigsten verwachsen ist, dann wird auch hier jeder halbwegs klare Kopf nur auf das christliche Lager hinweisen. An dieser Tatsache wird die ehrbare christliche „Steinarbeiter-Zeitung“ nichts ändern können, gewinnen hilft da nichts und schimpfen erst recht nicht.

Gewerkschaftliches. Im Glaserverband hat über den Anschluß an den „Baugewerksbund“ eine Urabstimmung stattgefunden. Mit „Ja“ stimmten von 4085 Mitgliedern 2434, mit „Nein“ 278, ungenügend 9 Stimmen. Die Gesamtbeteiligung war 2721; das Interesse an dem „Aufgehen“ war demnach nicht sehr groß. Uebrigens eine alte Erscheinung bei allen Urabstimmungen in den Verbänden. Die Mehrzahl der Glaser hat für den Anschluß gestimmt, das braucht gar nicht einmal die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Industriearbeitersorganisation sein, sondern wie die Verhältnisse heute liegen, der einfache und natürliche Selbsthaltungstrieb.

Die „Auslieferung des Proletariats“. Die Rote Fahne braucht Sensation in ihrem Kampf gegen die Gewerkschaften. Bietet sie keine, so schwindelt sie eine herbei. In ihrer Nr. 391 vom 6. September behauptet sie dreist und gottesfürchtig: die deutschen Gewerkschaftsführer haben die Garantie für den Lieferungsvertrag an Frankreich, den Stinnes abgeschlossen hat, übernommen und haben der Reichsregierung und der deutschen Großindustrie die Auslieferung des Proletariats zugesagt. Die Rote Fahne beruft sich auf angebliche Mitteilungen des Staatssekretärs Schröder, nach welchen sich die Gewerkschaftsführer „zur Garantie der Lieferungsverträge“ bereit erklärt hätten. Uns sind dahingehende Erklärungen des Staatssekretärs Schröder nicht bekannt. Sind sie gefallen, so könnten sie sich nur auf die von der Deutschen Reichsregierung angebotenen Sicherungen der deutschen Kohlenlieferungen an Frankreich beziehen, über deren Durchführung Verhandlungen mit den Bergarbeiterverbänden, vor allem betreffend Ueberführungen stattfanden. Was aber damit der neue Stinnesvertrag, betreffend die Wiederaufbauarbeiten, zu tun hat, ist Geheimnis der Rotten Fahne. Die Stellung der Gewerkschaften zum Wiederaufbau kennt natürlich auch die Rote Fahne. Sie weiß, daß die Gewerkschaften den Kampf um ihre Eingliederung in die zur Durchführung des Wiesbadener Abkommens notwendigen Lieferverbände führten. Sie weiß auch, daß die Entente die von Rathenau geforderte Form des Wiederaufbaues ablehnte und im sogenannten Bemelmans-Abkommen Deutschland zwang, an die Stelle des durch Lieferverbände organisierten Wiederaufbaues den freien Verkehr zu setzen. Die Rote Fahne kennt auch den Kampf der Gewerkschaften gegen das Bemelmans-

Abkommen, denn sie hat seinerzeit selbst darüber berichtet. Jetzt, wo der Stinnesvertrag die Auswirkung des von den Gewerkschaften bekämpften und von der Entente durchgesetzten Bemelmans-Abkommens ist, sollen wieder die Gewerkschaften die Schuldigen sein. Der Haß gegen die Gewerkschaften macht eben die Kommunisten nicht nur blind, sondern verleitet sie zu immer neuen Schwindeleien. Also mit der „Garantie der Gewerkschaften“ ist es nichts. Die Rote Fahne muß schon einen andern Schwindel ausdenken, was ihr bei ihrer Frigilität im Schwindeln sicher nicht schwer fällt.

Der Gipfel der Verschwendung. Der bekannte sozialistische Führer und Abgeordnete von Amsterdam, J. M. Wibaut, schreibt in „Het Volk“: „Der Friedensvertrag verpflichtet Deutschland u. a. zur Lieferung von jährlich 20 Millionen Tonnen Steinkohlen an Frankreich, Belgien und Italien. Ein Teil dieser Kohlen wird in Schiffen auf dem Rheinwege nach Antwerpen oder Rotterdam gebracht und auf diesen Plätzen zum Weitertransport nach Frankreich umgeladen. Die Schiffe aber, welche die Kohlen aus dem Rheinland und Westfalen nach Antwerpen und Rotterdam bringen, werden mit englischer Kohle geladen, die Deutschland benötigt, um den Betrieb auf den deutschen Eisenbahnen und die Produktion der deutschen Industrie aufrechtzuerhalten zu können.“

Die Sachlage ist also diese, daß die französischen Eisenbahnen, die Gasfabriken in Paris und die elektrischen Kraftzentralen mit deutschen, auf dem Rhein stromabwärts transportierten Kohlen versorgt werden, während Fahrzeuge englische Kohlen rheinaufwärts bringen, damit die deutschen Eisenbahnen und die Elektrizitätswerke im Ruhrgebiet weiterarbeiten können.

Den Bestimmungen des Friedensvertrages zufolge kann Deutschland mit einem großen Teil der Kohlen, die es früher für den eigenen Bedarf verwenden konnte, nicht mehr rechnen. Dies hauptsächlich durch den Verlust der großen Bergwerke in Elsaß-Lothringen und Oberschlesien und angeht die Tatsache, daß es über die bedeutenden Gruben im Saargebiet nicht mehr verfügen kann. Allein durch die Abtrennung eines Teils von Oberschlesien ging die deutsche Steinkohlenproduktion im Verhältnis zur Vorkriegszeit um 20 Prozent zurück.

Infolge der Lieferungen an Frankreich entstand in Deutschland jedoch ein starker Kohlenmangel, der durch die Einfuhr von englischen Kohlen ausgeglichen werden muß. Auch vor dem Kriege führte zwar Deutschland, hauptsächlich für seine nördlichen Provinzen, Steinkohlen aus England ein. Im Jahre 1913 betrug z. B. die Steinkohleneinfuhr aus England ungefähr 9 Millionen Tonnen. Diese Einfuhr erfolgte hauptsächlich deswegen, weil die nördlichen Provinzen Deutschlands angeht die geringen Frachtspreisen von England nach den Ostseehäfen und der hohen Eisenbahnfrachttarife von den deutschen Bergwerksdistrikten nach dem Norden vorteilhafter mit englischen Kohlen arbeiten konnten.

Solche Erwägungen fallen jedoch zur Zeit außer Betracht. Deutschland führt jetzt nicht aus England Kohlen ein, weil es angeht die Transportkosten für gewisse Teile des Landes billiger ist, sondern weil es sonst keine Steinkohlen hat, um seine Eisenbahnen und Kraftwerke in Betrieb zu halten. In unmittelbarer Nähe der deutschen Gruben werden englische Steinkohlen benötigt. Ein großer Teil der Transportkosten oder der Steinkohlen, die Deutschland an Frankreich zu liefern hat und ein großer Teil der Kohlen, die Deutschland deswegen aus England beziehen muß, werden so buchstäblich vergeudet, in dem Maße vergeudet, daß dieselben Schiffe, die die deutschen Kohlen nach Frankreich transportieren, englische Kohlen nach den deutschen Kohlendistrikten und ihre unmittelbare Umgebung transportieren. Wenn man nicht wüßte, daß diese Regelung eine Folge des Friedensvertrages von Versailles ist, über den nun allmählich genug geschimpft wurde, könnte man an ein Herrenhaus denken, und zwar an ein solches, wo die Herren selbst regieren. Und dann würde es nicht einmal sicher sein, daß die Regelung so irrsinnig ausfiele wie dies tatsächlich der Fall ist.

Zur gleichen Zeit, wo man in Deutschland über die Auswirkung des Friedensvertrages, und zwar besonders über diese Bestimmungen klagte, hörte man von Meldungen aus den englischen Kohlendistrikten, in denen mit Beugung auf die stark zunehmende Kohlenausfuhr nach Deutschland und Holland hingewiesen wurde. Im Monat Juli dieses Jahres wurden 143 000 Tonnen mehr nach Deutschland verschifft als im Monatsdurchschnitt 1913. Uebrigens war die englische Ausfuhr nach den Niederlanden 3% mal so groß wie die durchschnittliche Monatsausfuhr nach diesem Lande im Jahre 1913. Daraus geht hervor, daß Deutschland einen großen Teil der Steinkohlen, die vor dem Kriege ihren natürlichen Absatz in Holland fanden, nun für die ihm auferlegten Lieferungen nach Frankreich benötigt. In Deutschland ist die Kohlennot so groß geworden, daß die deutsche Regierung sich gezwungen sah, die aus England eingeführten Kohlen von der Besteuerung, die 40 Prozent betrug, zu befreien.

Wenn in den für das wirtschaftliche Leben Europas bedeutungsvollen Kreise der gesunde Menschenverstand wieder einmal zu Worte kommen sollte, werden diese Bestimmungen sicher aufgehoben werden müssen, denn die Unsinngkeit derselben ist zu offensichtlich.

Soziales. Volkswirtschaft. Im kapitalistischen Staate ist eine Volkswirtschaft im wahren Sinne überhaupt nicht möglich, da die Wirtschaft auf die Interessen des Unternehmertums und nicht auf die des Volkes zugeschnitten ist. Und darum blühen auch viele Industrien, obwohl sie für das Volk zum Schaden sind. Dazu gehört die Frauindustrie. Man behauptet allerdings, daß auch diese Industrie ihre Bedeutung für das Volk habe, weil sie vielen Tausenden Arbeit und Brot gibt und darum stellt man die Alkoholbekämpfung auch in schlauer Berechnung als unwirtschaftlich und gerade heute unmöglich hin. Da sind die Leiden überaus interessant, die uns die Erfahrung in Amerika gibt. Wir hatten an Hand einer Meldung schon einmal berichtet, daß sich die Umstellung der Alkoholindustrie in die alkoholfreie Wirtschaft überaus günstig vollzogen hat. Jetzt hat ein Fachmann Prof. Gaupp die ganze wissenschaftliche Literatur über diese Frage gesammelt und er berichtet darüber in der Münchner med. Wochenschrift. In Peoria, dem vorher größten Schnapszentrum der Welt, wurden mit dem Eintritt des Alkoholverbots 13 große Brennereien von einer großen Nahrungsmittelgesellschaft übernommen und für andere Zwecke gewerblich umgewandelt. Es wird dort Viehfutter, Weizenmehl, Koffirup, Dose, Marmeladen, Weineisig usw. hergestellt. Und während früher in diesen Brennereien 1000 Menschen beschäftigt waren, finden in den gleichen Räumen jetzt 4000 Menschen ihre Arbeit! Ähnliches geschah mit den Brauereien in den nordamerikanischen Großstädten, in denen jetzt namentlich Zuckerverwerk, Malz- und anderer Sirup, Schokolade, Fleischkonserven, aber auch ganz andere Dinge, wie Motorräder, Dosen, Papier hergestellt werden. Einzelne Brennereien wurden in Baumwollspinnereien, Gefrieranstalten, Fischräucherereien, Druckereien, einzelne gar zu Krankenanstalten und Schulen umgewandelt. Aus der größten Brauerei in Cincinnati wurde die größte Tuchfabrik der Welt. Aus der National-Kapital-Brauerei in Washington wurde eine Eiscremefabrik mit dreimal größerem Personal und Umsatz. Von den düsteren Prophezeiungen, wie sie natürlich auch dort vorher nicht ausblieben, ist nicht die Spur eingetroffen. Und es ist nicht zu leugnen, daß diese Betriebe jetzt in höherem Maße volkswirtschaftlich sind als vorher, selbst vom kapitalistischen Standpunkte aus. Es handelt sich darum um ein Kulturproblem, das schon in der Gegenwart gelöst zu werden vermag.

Der Ernährungszustand der Bevölkerung. In den Veröffentlichungen aus dem Gebiete der Medizinalverwaltung ist nach den Berichten der Regierungspräsidenten ein Bericht über den Ernährungszustand der Bevölkerung in Preußen niedergelegt, wie er im Jahre 1920 im Verhältnis zur Zeit vorher war. Danach haben sich die Ernährungsverhältnisse und der Ernährungszustand der Bevölkerung 1920 deutlich gebessert. Der große Unterschied zwischen Stadt und Land besteht wohl noch fort, doch in abgeschwächtem Maße. Die ländliche Bevölkerung ist jenen Verhältnissen zufolge zufriedener ernährt, die Stadtbewölkerung aber noch nicht. Am aller schlimmsten steht es um die schulpflichtige Jugend in den Städten. Dieses Alter ist immer noch bei weitem am schwersten geschädigt. Sodann folgt das vor-

schulpflichtige Alter. In diesen Jahren ist die Zahl der Tuberkulösen, Blutarmer, Strophulösen, Nachkittler usw. erschreckend groß. Das heißt also: unsere Zukunft war auch damals noch gefährdet. Und ob diese Gefahr jetzt nach dieser wahnwitzigen neuen Feuerungswelle überwunden ist, bestreiten wir. Darum ist auch von einer höheren Warte betrachtet eine den Verhältnissen entsprechende Entlohnung unbedingt erforderlich.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Der neue Reichslohnkarif für die Granit-schleifereien ist Ende voriger Woche nach den Bestellungen zum Versand gekommen. Der Preis der Sendung kommt bei der nächsten Beitragsmarfenendung auf dem Lieferchein zum Vermerk. Da die Auflage infolge der hohen Druckkosten nur eine beschränkte ist und an eine Neuaufgabe infolge der steigenden Preise nicht gedacht werden kann, empfehlen wir den Kollegen jener Zahlstellen, die noch keine Bestellung aufgegeben haben, umgehend Tarife anzufordern.

### Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Herdecke. Das Verbandsbuch Nr. 58 238 auf den Namen Otto Schmitt, geb. 8. 7. 1899 zu Reiftenhausen ausgestellt, ist abhanden gekommen. Vor unbefugter Verwendung des Buches wird hiermit gewarnt.

Waldburg. Alle Kollegen werden gewarnt vor dem Bildhauer Paul Dorf, geb. 19. 11. 1900, Interimskarte Nr. 008 112, eingetreten am 1. Juli 1922 in Waldburg. Der betreffende Nachkollege hat keine Mitarbeiter, Verbandskollegen und andere Leute sehr geprellt, den Unterzeichneten um 300 M. Gegenwärtig soll er sich in Berlin aufhalten. Mitteilungen in dieser Sache sind zu richten an den Vorsitzenden Willi Gläser, Waldburg, Töpferstr. 13, III.

Bielefeld. Der Kollege Franz Deul, geb. zu Ettringen, wird ersucht, seine Verpflichtungen an die ihm bekannten Kollegen in Bielefeld zu erfüllen. Seine Mitarbeiter werden ersucht, ihn an seine Pflicht zu erinnern. D. Siemon, Vorf.

Achtung Verbandsmitglieder! In allen Orten melden sich die zureisenden Kollegen zuerst beim Zahlstellenvorstand! Ein überzeugtes und strebames Verbandsmitglied betrachtet diese Pflichterfüllung als etwas ganz Selbstverständliches.

An die Zahlstellen des 4. Gaues! Der neugewählte Gauleiter hat nunmehr seine Tätigkeit aufgenommen. Alle Korrespondenzen, die in das Aufgabengebiet des Gauleiters fallen, sind von den Zahlstellen zu adressieren an: Konrad Reis, Citerhagen, Bez. Kassel, Post Körtel.

### Adressenänderungen.

- 1. Gau. Königsberg, Br. Vorf.: Georg Jach, Sathem, Hinterstr. 30.
- 2. Gau. Giersdorf (Kreis Neife). Vorf.: Josef Jotisch.
- 3. Gau. Neumark (Sa.). Vorf.: Emil Seifert, Nr. 83c. Kaff.: August Schneider.
- 4. Gau. Quentel. Kaff.: Heimr. Winter II, Nr. 61. Volkmarfen. Vorf.: Hubert Kohlhaas, Hospitalstr. 12.
- 5. Gau. Herdecke. Kaff.: Georg Noos, Hauptstraße Nr. 8.
- 7. Gau. Niederrunding, Post Runding (Oberpfalz). Vorf.: Karl Althammer. Kaff.: Josef Altmann. Schwarzenebach. Vorf.: Christ. Seymeier, Baugenossenschaft 1. Waldkirchen. Kaff.: Heinrich Leutgeb, Auerbach, Post Waldkirchen.

### Neue Bücher, Zeitschriften usw.

Die „Soziale Bauwirtschaft“, Verlag: Verband Sozialer Baubetriebe, Berlin W 50, Augustburger Str. 61, muß viel größere Verbreitung finden; mindestens in jeder Zahlstelle unseres Verbandes sollte ein Exemplar zur Verfügung stehen. Für das 4. Vierteljahr wurde der Bezugspreis für Gewerkschaftsmitglieder, wenn durch den Verband bestellt, auf 60 M. festgesetzt; für die sonstigen Bezücker auf 100 Mark.

Die Zeitschrift bringt sehr viel aufklärende und informierende Abhandlungen und Notizen. Der wütende Kampf der privaten Bauwirtschaft bzw. Unternehmer gegen alles, was nach Sozialisierung aussieht, beweist, wie unangenehm diesen Kreisen die Bestrebungen des Verbandes sozialer Baubetriebe sind. Eine Schwächung allein schon der Zeitungsposition bedeutet Stärkung der Widersacher. Wer von den Verbandsmitgliedern sich eingehend auf dem laufenden halten will aus Interesse für die Sozialisierungsbestrebungen im Baugewerbe, der wird es sicherlich nicht bereuen, die Zeitschrift durch Abonnement zu unterstützen, denn Anregungen theoretisch und praktisch bringt jede Ausgabe.

„Verfassung und Verwaltung.“ Erläuterungen zum Gölitzer Programm von Dr. Ed. David, M. d. R., Berlin 1922. 3 G. W. Dieß Nachf. und Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Preis 4 Mark.

Arbeiter-Notizkalender für 1923. Das handliche gut gebundene Notiz- und Nachschlagebüchlein wird demnächst wieder im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, und J. G. W. Dieß Nachf., erscheinen.

### Anzeigen

**Diegler's Schriftzeichnerei**  
Gießen (Hessen), Eicher Straße 37  
60 Grabmalchriften zum Durchpauken.  
Schriften-Entwürfe 85 Mark.  
Künstler. handkolorierte Kumbch. Zeichnungen 60 Mark.

**Marmor-schleifer für Hand oder Maschine**  
in dauernder Beschäftigung gesucht  
Chr. Hummler, Marmorwerk  
Dulsburg a. Rh., Philippenweg.

**Tücht. Steinmehgehilfe**  
findet dauernde Beschäftigung bei  
W. Brining, Stein-u. Bildhaueri, Osnabrück, Bohmerstraße 52c.

**Tüchtige Steinmehnen verlangt**  
Steinbruch der Kalliseben, Ammendorf-Eilsleben, Wefensteinen, Bez. Magdeburg.

Mehrere tüchtige Steinbrecher und Sandsteinmehnen stellt sofort ein. Stundenlohn 70 Mark. Meldung bei Steinmehnpolier Otto Kottloß, Oerlinghausen (Lippe).

**Tücht. Marmor-schleifer**  
sowie ein **Marmor-Steinmeh** per sofort ein. Lohn gesucht. Für Ledige ist Logis vorhanden. Angebote mit Angabe des verlangten Lohnes und Antrittstermins an M. Jacobowitz, Marmor-Industrie, Gleiwitz, Deutsch-Oberschlesien.

### Granitsteinmeh

selbständiger Denkmalarbeiter, der sein Werkzeug schärfen kann für dauernde Arbeit gesucht. Granitwerk, Homeln a. Wef.

**2 Steinmehnen** für gutlohnende Beschäftigung sofort gesucht. Otto Ködiger, Tiefbau, Zweig-niederlassung Bitterfeld, Steinstraße 7a.

### Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik einzuhandeln werden.)

In **Gummersbach** am 24. Juli der Pfastersteinarbeiter **Martin Kreuzig**, 49 Jahre alt, Gehirnschlag.

In **Röslin** am 31. August der Hilfsarbeiter **Hermann Kleist**, 37 Jahre alt, Kriegsverletzung.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig.  
Drud: Freie Presse G. m. b. H., Leipzig.